

Die Baugewerkschaft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Er scheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.
Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lüthow, 2513.
(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserte u. dergl. sind in die Redaktion direkt zu richten.)
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 8.

Berlin, den 25. Februar 1912.

13. Jahrgang.

Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung in Deutschland, England und Nordamerika.

Großbritannien, das Deutsche Reich und die Vereinigten Staaten von Amerika sind die drei großen Reiche, die nach der Zahl der Bevölkerung, nach Reichtum, nach der industriellen Entwicklung, nach den Naturgesetzen usw., immer mehr zu den Hauptfaktoren des Weltverkehrs und zu den Werkstätten der Welt geworden sind. Wie Deutschland und die Vereinigten Staaten Großbritannien nach vielen Richtungen hin eingeholt und überflügelt haben, so haben alle drei Länder andre Staaten, wie Frankreich und Oesterreich, mehr oder weniger weit zurückgelassen. Immer mehr sind diese drei Hauptindustrieländer auch die Hauptproduktionsländer für Kohle und Eisen geworden. Die Art, wie sich diese drei Länder in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben, wie aus dem Farmerland Nordamerika der weitaus größte Eisen- und Kohlenproduzent und ein Land mit einer gewaltigen Industrie geworden ist, wie aus dem kapitalarmen, kleinstädtischen, von Hausindustrien durchzogenen Deutschland ein Land geworden ist, das fast in allen Industrien mit England konkurrieren kann, und in diesem England schon überflügelt hat, und wie England mit seinen beiden Hauptkonkurrenten den Wettstreit aufgenommen, dieses Thema hat in den drei Ländern, und darüber hinaus, in der ganzen Welt, die regste Aufmerksamkeit gefunden. Eine Menge von Büchern, Broschüren und Aufsätzen ist schon darüber geschrieben worden, und noch immer erscheinen Bücher, die dieses Thema und die Folgerungen, die daraus gezogen werden, behandeln. Eines der interessantesten Bücher dieser Art, ist ein Werk des Engländers Arthur Schadwell, das zuerst in England unter dem Titel „Industrial Efficiency“ (Industrielle Leistungsfähigkeit) erschien, und das dann unter dem Namen „England, Deutschland und Amerika“ auch ins Deutsche übersetzt wurde.

In diesem Werke werden nach den verschiedensten Richtungen hin Vergleiche zwischen den drei Hauptindustrieländern angestellt, die das Buch zu einer ganz besonders interessanten Lektüre machen. In diesem Aufsatz wollen wir uns besonders mit dem XI. Kapitel beschäftigen, das Vergleiche über die Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung in den drei Ländern bringt. Schadwell sagt am Eingang des Kapitels darüber: „Die Wohnungsfrage ist für das häusliche Leben des Arbeiters zweifellos der wichtigste Punkt von allen, und natürlicherweise wird ihr in allen westlichen Ländern wachsende Aufmerksamkeit zuteil. Dies beruht auf zwei Ursachen: 1. der wachsenden Erfahrung in hygienischen Dingen und Erkenntnis ihres Einflusses auf die Gesundheit, 2. dem, was ich die wachsende Urbanisierung des Volkes (Ansammlung in Städten) nenne, einer Begleitererscheinung der Entwicklung industrieller Tätigkeit. Die beiden gehören natürlich zusammen und beeinflussen sich wechselseitig, aber jede steht noch in spezieller Beziehung zu den beiden Hauptproblemen der Wohnungsfrage.“ Um zunächst auf die Höhe der Wohnmieten einzugehen, muß angemerkt werden, daß die Mietpreise natürlich auch in Nordamerika und England je nach den verschiedenen Orten, nach Art und Lage des Hauses, eine verschiedene Höhe haben. Um überhaupt eine Vergleichsmöglichkeit zu

finden, hat Schadwell die Mietpreise von Industriezentren von möglichst gleichartigem Charakter zusammengestellt, wobei die Hauptstädte ausgelassen wurden. Schadwell kommt dabei zu dem Ergebnis, daß der durchschnittliche Mietpreis für ein Zimmer und für eine Woche beträgt: in England 1,25 Mk., in Deutschland 2 Mk. und in Amerika 2,50 Mk. Dabei sagt Schadwell noch, daß die englischen Mietpreise noch etwas höher angegehen worden seien, als es eigentlich zulässig ist. Nach Wochen ist der Mietpreis berechnet worden, weil in England, wenigstens bei den ärmeren Volksklassen, die Mietpreise nach Wochen berechnet werden. Wie in Berlin die Mietpreise weit über den sonst in Deutschland ermittelten Mietpreis hinausgehen, so sind auch die Mietpreise in London wesentlich höher als in Großbritannien sonst. Die Tendenz auf Steigerung der Mieten, die während der letzten Jahrzehnte in Deutschland hervortrat, machte sich während dieser Zeit auch in Großbritannien und in Nordamerika bemerkbar. Da ein Vergleich der Mietpreise erst ein größeres Interesse gewinnt, wenn man die Höhe der Löhne zum Vergleich setzt, müssen wir auch einige Bemerkungen über die Lohnverhältnisse in den drei Ländern machen. Nach einem vor einigen Jahren veröffentlichten Blaubuch des englischen Handelsministeriums sollen die Arbeitslöhne in den drei Ländern in folgendem Verhältnis stehen: In den Hauptstädten in England 100, in Deutschland 57 und in Amerika 179, in den anderen Städten in England 100, in Deutschland 63 und in Amerika 193. Das wären also bedeutende Differenzen in der Lohnhöhe. Schadwell kommt aber nach seinen eingehenden Studien in allen drei Ländern zu dem Schluß, daß die in dem englischen Blaubuch aufgeführten Löhne für Deutschland zu niedrig und für Amerika zu hoch angegeben seien. Wenn man die Löhne der drei Länder in Verhältniszahlen setzt, so kann nach Schadwell vielleicht folgendes angenommen werden: Wird die Lohnhöhe in England mit 100 eingesetzt, so beträgt sie in Deutschland 78,6 und in den Vereinigten Staaten 148,8. Auch nach diesem Verhältnis wären die Löhne in den Vereinigten Staaten beinahe um die Hälfte höher als in England, und beinahe doppelt so hoch als in Deutschland. Demnach bezahlt der deutsche Arbeiter im Verhältnis zu den Löhnen wesentlich höhere Wohnmieten als in England und in den Vereinigten Staaten.

Was die Bevölkerungsdichtigkeit hinsichtlich des Zusammenwohnens in den Häusern und Wohnungen anbetrifft, so scheint sie von den drei Ländern in Deutschland am höchsten zu sein. Für Berlin, im Vergleich zu den beiden größten Städten von England und Nordamerika, dürfte das Verhältnis am trassesten sein: aber auch wenn man Bezirke aus den Provinzen nimmt, steht Deutschland in bezug auf die Wohnmieten obenan. Nach Schadwell kamen zu Beginn dieses Jahrhunderts im gesamten Reichsdurchschnitt Bewohner auf ein Haus: in England 5,2, in den Vereinigten Staaten 5,3 und in Deutschland 8,9. Seit dieser Zeit dürfte sich das Verhältnis noch mehr zuungunsten Deutschlands verschoben haben. Noch mehr tritt die größere Wohnmieten in Deutschland hervor, wenn wir verschiedene einander ähnliche Industriebezirke in den drei Ländern miteinander vergleichen. Danach kamen Bewohner auf je ein Haus in Lancashire 4,9, in Yorkshire 4,5 und in Staffordshire 4,9 (drei Bezirke Großbritanniens), in Massachusetts 6,3, in Pennsylvania 5,5 und in Rhode Island 6,7 (drei Bundesstaaten Amerikas), dagegen im Rheinland 8,5, in Brandenburg ohne Berlin 10,88 und in Sachsen 11,69. Auch hierin ist zweifellos in den letzten Jahren noch eine Verschie-

bung zuungunsten der deutschen Bezirke eingetreten. Besonders tritt aber die große Dichtigkeit der Bevölkerung bei den großen Städten Deutschlands hervor. Auch hierfür bringt Schadwell Vergleiche. Er führt von jedem Lande zehn große Städte an. Im Durchschnitt kamen auf ein Haus Personen: in London 7,9, in Manchester 4,9, in Birmingham 4,8, in Leeds 4,5, in Sheffield 4,8, in Bradford 4,3, in Bolton 4,6, in Dabham 4,5, in Halifax 4,2 und in Wolverhampton 4,8. Die amerikanischen Städte haben folgende Wohnmieten: New York 13,7, Chicago 8,8, Philadelphia 5,4, Boston 8,4, Pittsburg 6,3, Providence 7,0, Fall River 11,0, Lowell 6,9, Lawrence 7,7 und New Bedford 7,1. Dagegen kamen auf ein Haus Bewohner: in Berlin 46,6, in Breslau 39,1, in Leipzig 27,0, in Dresden 27,5, in Hannover 20,1, in Düsseldorf 19,4, in Chemnitz 29,1, in Eberfeld 18,7, in Bremen 18,0 und in Essen 18,6. Die durchschnittliche Wohnmieten auf ein Haus stellte sich in den erwähnten englischen Städten auf 4,9, in den amerikanischen Städten auf 8,2 und in den aufgezählten deutschen Städten auf 26,5 Bewohner. Wenn Städte, wie Charlottenburg (wo die Bevölkerungsdichtigkeit noch höher ist als in Berlin), Schöneberg, Neutölln, Magdeburg, Stettin, Posen, Königsberg, mit in die Statistik einbezogen worden wären, würde die durchschnittliche Wohnmieten für Deutschland noch höher geworden sein. Noch interessanter wäre es, wenn ermittelt werden könnte, in welchem Verhältnis die Zahl der Bewohner zu der Zahl der zur Verfügung stehenden Zimmer steht, aber gerade hierüber sind Vergleiche nur sehr schwer möglich, weil die Zahlen fehlen, die als Vergleichsmöglichkeit herangezogen werden könnten. Doch dürfte auch nach dieser Richtung Berlin mit seinen Vorstädten und Vorortsgemeinden wieder am ungünstigsten dastehen.

Sind die Wohnverhältnisse in Deutschland hinsichtlich der Wohnmieten und — im Verhältnis zum Lohn — auch hinsichtlich der Mietpreise ungünstiger als in den beiden anderen Ländern, so zeigt sich für Deutschland gegenüber den anderen beiden Ländern und namentlich gegenüber England ein besseres Bild, insofern, als in Deutschland die Wohnungen besser gehalten werden. Die Zahl der slums, der ekelhaften, schmutzigen Wohnungen, ist in Deutschland bedeutend niedriger als in England. „Dies liegt nicht nur daran“, sagt Schadwell, „daß es in England im Verhältnis mehr alte Baulichkeiten gibt, sondern ebenso daran, daß die Gewohnheiten des Volkes in Deutschland bessere sind. Die Wohnung wird (in Deutschland) selten vernachlässigt, sie mag räumlich ungenügend sein, aber sie wird sauber und ordentlich gehalten.“ Weiter: „In England haben wir eine Klasse — sie nimmt ab, ist aber noch sehr zahlreich —, die jedes Haus, das sie bewohnt, in einen slum verwandelt. Ich bin in den Höhlen der Lumpensammler in Paris gewesen, in den Nachtsyhlen von Petersburg, in Dorfhäusern in Ungarn und in den Armenwohnungen in Südeuropa, aber nirgends habe ich Leute gefunden, die an sich so schmutzig waren und freiwillig inmitten solchen Schmutzes lebten, wie in England.“ An einer anderen Stelle bekennt Schadwell: „Deutschland ist in dieser Hinsicht gar nicht zu vergleichen. So arm und überfüllt ein deutsches Heim sein mag, trägt es doch sehr selten jenen Stempel von Schmutz und Elend, der in London, Manchester, Liverpool und ähnlichen Städten das Gewöhnliche ist, oder hat jenen schrecklichen, abscheulichen Geruch nach ungewaschenen Menschen und angesammeltem Schmutz, der hier (in England) so viel häufiger und anderswo so selten anzutreffen ist, daß man ihn den nationalen, englischen Geruch

Am ersten März.

Die Herrschaft des Winters, dieses „grimmigen Gejellen“, ist schon halb gebrochen. Höher steigt mit jedem Tage die Sonne, die Tage sind schon merklich länger geworden. Unsere Bauarbeiter atmen wieder erleichtert auf. Sind sie doch durch die Ungunst der Witterung gezwungen, eine mehr oder weniger lange Zeit die Hände untätig in den Schoß zu legen, sei es nun unfreiwillig bei den in der Stadt ansässigen Bauarbeitern, oder sei es, daß sie mit Eintritt des Winters freiwillig ihre Arbeitsgelegenheiten aufgeben — nämlich die auf dem Lande wohnenden. Nun regt sich's wieder auf der ganzen Linie. Nur noch eine kurze Spanne Zeit, und wir sind wieder im März, dem Monat, in dem die Bautätigkeit allgemein aufgenommen wird.

Auch in der gewerkschaftlichen Organisation regt sich wieder neuer Eifer. Kommen doch jetzt die nicht am Ort ansässigen Mitglieder wieder in hellen Scharen herangerückt, und da heißt's Vorarbeit leisten, damit sie möglichst sofort wieder der Zahlstelle angegliedert werden. Es gilt, Fürsorge zu treffen, daß die Versammlungen wieder regelmäßig abgehalten werden. Ganz besonders aber muß Gewicht auf eine geregelte, pünktliche Einkassierung der Beiträge gelegt werden. Beginnt doch mit dem 1. März wieder die Zahlung der Verbandsbeiträge, die während der Wintermonate geruht. Gerade in bezug auf diesen Punkt erwachen den Zahlstellenvorständen neue Pflichten.

Schon für eine geordnete Abwicklung der Geschäfte ist die pünktliche Eintreibung der Beitragsgelder unerlässlich. Besonders die Bedeutung des Jahres 1912, als letztes Jahr vor dem Ablauf der Tarifverträge, muß uns Ansporn genug sein, zur Stärkung der Kasse das überhaupt Mögliche zu leisten. Das steht aber voraus, daß die Kassenführung hinunter bis zum letzten Hauskassierer auch eine geordnete ist. Wie will ein Vorstand beurteilen, wo es in einer Zahlstelle fehlt, wenn die Kassierung der Beiträge unregelmäßig, ja, wie es vorkommt, erst nach Wochen geschieht? Wenn es dann in der Zahlstelle nicht vorwärtsgeht, weiß der Vorstand auch keine durchgreifenden Maßnahmen zu treffen, er besitzt keinen Ueberblick, weiß nicht wer und wieviele mit ihren Beiträgen rückständig sind usw. Hinzu kommt noch, daß säumige und laue Zahler die unordentliche Geschäftsführung und die Unpünktlichkeit des Vorstandes als willkommenes Argument für ihr die Organisation schädigendes Verhalten anführen. Also ordentliche Geschäftsführung und Pünktlichkeit in der Einkassierung der Beiträge muß oberstes Gebot des Vorstandes bzw. des Kassierers sein.

Der Kassierer vor allem soll planmäßig arbeiten, er muß disponieren. Er muß deshalb am 1. März im Besitz des von ihm benötigten Materials sein, als: Marken, Konto- und Kassenbuch, Hauskassiererbücher. Er soll nicht zuviel Marken auf einmal beziehen, wie er auch dem Hauskassierer nie mehr Marken auf einmal geben soll, als derselbe zur Kassierung unbedingt nötig hat. Es wird dann seltener vorkommen, daß Marken verloren gehen. Der Kassierer soll auch nicht zu vielerlei Markensorten beziehen. Für jeden Beruf eine Sorte sollte genügen. Viele Sorten erschweren auch dem Kassierer die Kassenführung.

Das Hauskassierewesen ist, wenn nötig, neu zu organisieren. Der Kassierer soll sich jede Mühe machen, nur bis zum Beginn der Beitragszahlung über die Zahl der benötigten Hauskassierer zu verfügen. Die Einteilung der Bezirke ist schon jetzt vorzunehmen und den einzelnen Hauskassierern zu überweisen. Der Kassierer soll streng darauf halten, daß die Einkassierung der Beiträge allmählich erfolgt. Sind Kollegen erst einige Wochen rückständig, fällt's in der Regel schwer, sie nachher wieder zum pünktlichen Zahlen zu bewegen.

Ein Hauptaugenmerk ist auf die zurückenden Bauarbeiter zu richten. Man warte nicht, bis eine Anmeldung erfolgt, man suche sie in der Wohnung auf, sobald man von ihrer Ankunft weiß. In Häusern, die als Logishäuser bekannt sind, oder in denen im Vorjahre Mitglieder gewohnt haben, ist nach etwaigem Zutug Nachfrage zu halten.

In vielen Orten wird mit der im Frühjahr eintretenden Lohnerhöhung auch eine Beitragserhöhung verbunden sein. Da glauben in der Regel einige fröhlich und sorglos beladene Mitglieder, ihren Lebensschafften freien Lauf zu lassen, sie opponieren dagegen. Da ist es Aufgabe des Vorstandes, vorbeugend zu wirken. Man lasse die Klage in falscher Scheu nicht hinaus bis zum letzten Augenblick. Unter Hinweis auf das, was erbe man die notwendige Erhöhung des Beitrags schon im Vorjahre durch die Mitgliederversammlungen bekannt. Auch verweise man auf den Erfolg für das Jahr 1913, das uns wieder gewaltige Ausgaben bringen kann. Bei alle Fälle aber bränge man, daß mit Eintritt der

Lohnerhöhung auch der erhöhte Beitrag geleistet wird. Bei klugem Vorgehen des Vorstandes dürfte das kaum ernsthafte Schwierigkeiten haben. Wo Rechte sind, gibt's auch Pflichten, und wer den Kern will, muß auch die Schale wollen.

Die Mitglieder müssen bestrebt sein, den Vorstände die Geschäftsführung erleichtern zu helfen. Das geschieht besonders durch frühzeitiges Anmelden der zugewanderten Kollegen. Manch einer murren auch und meint, der Apparat sei zu bürokratisch. Gerade in Kassenangelegenheiten aber ist eine ganze Dosis „Bürokratismus“ sehr wohl an der Place. Besonders wenn es sich um die sauer verdiente und mühsam zusammengetragenen Verbandsgelder handelt. Erst durch die geordnete Buchführung ist die Möglichkeit gegeben, einen jeden eingegangenen Pfennig auch nachzuprüfen. Das ist ein Umstand, der jedenfalls geeignet ist, das Vertrauen zur Organisation noch mehr zu festigen. Das in die Gewerkschaft bezahlte Geld ist für die Mitglieder zinsbringendes Kapital. Es bringt Zinsen direkt — durch unser verschiedenartig ausgebautes Unterstützungsweisen. Aber das ist nicht die Hauptsache. Eine viel größeren Vorteil ziehen wir indirekt aus der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ein Pfennig Lohnerhöhung macht schon im Jahre die Summe von 28 Mk aus. Das zur Antwort jenen, die immer meinen sie hätten vom Verband noch nichts gehabt — sie meinen damit die direkte Einnahme aus Unterstützungen. Man denke nicht an das Wachsen der Löhne. Sie wären aber nicht gewachsen ohne Organisation. Soll aber die Organisation auf diesem Gebiete ihre Aufgaben erfüllen, so braucht sie eine wohlgeüllte Kasse. Das zu erreichen, wollen wir im Jahre 1912 noch einmal alle Kräfte anspannen. Dann, aber auch nur dann, können wir den Dingen, die das Jahr 1913 uns bringen wird, in Ruhe entgegensehen.

Allgemeines.

Graf Posadowsky über die Arbeiterbewegung.
Das Gesamtresultat der Reichstagswahlen läßt es angedacht erst in eine Rede des Grafen Posadowsky aus seiner Ministerzeit in die Erinnerung zurückzuführen. Am 6. Februar 1906 ging er im Reichstag auf verschiedene abfällige Äußerungen ein, die öffentlich über die christliche Arbeiterbewegung ausgesprochen worden waren, u. a., daß die christlichen Gewerkschaften schlimmer wären wie die sozialdemokratischen. Graf Posadowsky wies darauf hin, daß bei unserer heutigen industriellen Entwicklung eine Vernichtung der Arbeiterbewegung unmöglich ist. Leider stelle die Sozialdemokratie Forderungen, die weder im Gegenwartsstaate, noch im Zukunftsstaate, noch in irgendeinem anderen Staate der Welt jemals zu erfüllen sein werden. Denn die Erfüllung dieser Forderungen würde zum Zusammenbruch des gesamten wirtschaftlichen Lebens und mit ihm des Staates führen. — Dann fuhr er fort:

„Deshalb muß man es doch begrüßen, wenn eine Arbeiterbewegung besteht und sich weiter entwickelt, die erklärt: ja, wir sind auch dafür, daß die materielle Lage der Arbeiter dem wachsenden Wohlstande des gesamten Volkes entsprechend eine bessere wird, daß die Löhne der Arbeiter den gestiegenen Lebensbedürfnissen und gestiegenen Lebenspreisen folgen, daß der Arbeiter in größerem Maße als bisher auch an öffentlichen Angelegenheiten beteiligt ist, aber wir wollen dieses Ziel mit gesetzlichen Mitteln verfolgen in dem bestehenden monarchischen Staate, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft.“

Wenn wir gegenüber den drei Millionen sozialdemokratischen Stimmen Fortschritte machen wollen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, wenn wir eine Arbeiterpartei schaffen wollen, die innerhalb des bürgerlichen, monarchischen Staates, innerhalb möglicher wirtschaftlicher Grenzen ihre Wünsche verfolgen will, dann haben wir noch den dringendsten Grund, eine soziale Bewegung, wie die christliche Arbeiterbewegung zu unterstützen. Ich halte deshalb die Richtung, die behauptet, die christliche Arbeiterbewegung ist noch gefährlicher als die sozialdemokratische, für falsch. Das ist der Standpunkt von Männern, denen jede Forderung der Arbeiter, auch wenn sie noch so berechtigt ist, an sich unheimlich ist.“

Diese ruffen, beherzigenswerten Ausführungen wurden schon vor den Wahlen von 1907 gemacht, sie verdienen nach dem Ausfall der Wahlen von 1912 doppelt Beachtung und praktische Beherzigung.

Wirtschaftliche Bewegung.

Geipert sind: Offen (Bliesenleger) Sperre über die Essener Baumaterialien-Vertriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiten des Zwischenmeisters Geiser, Götter, für Mattenleger die Zwischenmeister Geisen, Lüdinghausen (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), wollen sich Sperre über Patolitz wegen Mißregelung-Zugzug ist ferngehalten.

Rheinisch-westfälisches Industriegebiet.
Protokoll
der Einigungsamtssitzung für das Baugewerbe in Datteln am 4. Januar 1912.
Anwesend unter dem Vorsitze des Beigeordneten Rath-Essen die Herren:

nennen kann.“ Von Nordamerika sagt Schadwell hinsichtlich der sanitären Verhältnisse: „In Amerika hat man noch nicht viel Aufmerksamkeit auf ungesunde Wohnungsverhältnisse gerichtet, abgesehen von zwei oder drei großen Städten. Die öffentliche Meinung scheint über Sanitätsbehörden und sanitäre Maßregeln so wenig informiert, daß von den städtischen Komitees, welche Berichte liefern, einige sie gar nicht erwähnen, und andere in der Verantwortung dieser Inspektionen, als im öffentlichen Interesse notwendig, zurückhaltend sind. Was für amerikanische Städte meistens als günstig in Betracht kommt, ist, daß diese Städte weiter voneinander abliegen, als die Städte in Europa, und daß sie deshalb von einer besseren Luft umgeben sind. Mit dem raschen Emporkwachen der amerikanischen Städte hängt es zusammen, daß dort oft noch sehr primitive Wohnbaulichkeiten errichtet werden. So sind noch heute ganz einfache Holzbauten in amerikanischen Städten keine Seltenheit. Je mehr sich dann die Städte konsolidieren, desto mehr werden dann auch die primitiven Wohnbaulichkeiten in solide Wohnhäuser umgewandelt. In Amerika gibt es weniger Slums als in England, aber immer noch mehr als in Deutschland. Vor allem zeigt sich in Amerika in der Art, wie die Wohnungen gehalten werden, ob sie ordentlich gehalten werden oder unsauber sind, ein großer Unterschied je nach den Abstammungsverhältnissen der Bewohner. Eingewanderte Deutsche halten ihre Wohnungen besser als eingewanderte Polen, Russen, Tschechen, Ungarn usw. Schadwell sagt schließlich die Resultate seiner Untersuchungen über die Wohnungsverhältnisse in den drei Ländern in folgende vier Punkte zusammen: 1. Die Haus- oder Wohnungsmiete ist billiger in England als in Deutschland und Amerika und in Deutschland billiger als in Amerika. (Im Verhältnis von Deutschland zu Amerika freilich ohne Berücksichtigung der Lohnhöhe. D. S.) 2. Die Hausdichtigkeit (Zahl der Personen pro Haus) ist am geringsten in England und am größten in Deutschland. 3. Die Raumdichtigkeit (Zahl der Personen pro Raum) und daher auch Ueberfüllung ist in Amerika am geringsten und in Deutschland am größten. 4. Die Verfassung der Häuser ist am besten in Deutschland und am schlechtesten in England. Freilich muß darauf hingewiesen werden, daß das englische Kollagesystem, das Wohnen in kleinen Häusern, die minderwertigkeit der englischen Wohnverhältnisse geringer erscheinen läßt. Auch in der besten Mietskasernen zeigen sich schädliche Einflüsse der Wohnungsverhältnisse, die im Kleinwohnungs-haus nicht anzutreffen sind.“

In bezug auf die Eigentumsverhältnisse der Wohnhäuser steht fest, daß in den Vereinigten Staaten die Zahl der Arbeiter, die ein eigenes Haus besitzen, viel größer ist als in Europa und besonders größer als in Deutschland. Selbst wenn nur die industrielle Bevölkerung als Vergleichsmaßstab herangezogen wird, läßt sich doch sicher behaupten. Nach dem amerikanischen Census (Völkerverzählung, Gewerbe-zählung usw., die alle zehn Jahre vorgenommen wird) vom Jahre 1900 waren von der Gesamtzahl der Häuser, deren Eigentumsverhältnisse bekannt waren, 46,5 Prozent Eigentum der Bewohner. Werden die Farmhäuser außer Ansatz gelassen, so waren von den Wohnhäusern 36,3 Prozent Eigentum und 63,7 Prozent gemietet. Selbst also, wenn die Häuser der Farmer nicht mit in die Statistik einbezogen werden, gehörte noch mehr als ein Drittel der Häuser den Bewohnern. Der Prozentsatz der Eigentümer-Häuser betrug im Staate New York 26,2 Prozent, in Pennsylvania 31,4 Prozent, in Massachusetts 31,6 Prozent, in New Jersey 31,0 Prozent, in Rhode Island 26,6 Prozent, in Connecticut 31,8 Prozent, in Illinois 25,5 Prozent, in Ohio 43,8 Prozent, in North-Carolina 27,7 Prozent, in Süd-Carolina 18,6 Prozent, in Georgia 23,3 Prozent und in Alabama 22,1 Prozent. Selbst in großen Industriestädten ist die Zahl der Eigentümer-Häuser noch ziemlich groß. In der Stadt New York sind zwar nur 12,1 Prozent der Bewohner Hauseigentümer, in Chicago aber immer noch 25,1 Prozent, in Philadelphia 22,1 Prozent, in St. Louis 22,8 Prozent, in Baltimore 27,8 Prozent, in Cleveland 37,4 Prozent, in Pittsburg 27,2 Prozent, in Rochester 37,8 Prozent und in Toledo 43 Prozent.

Zum Schluß geht Schadwell noch mit einigen Worten auf die Wohnungsbeschaffung ein. Dabei hebt er hervor, daß in England die Baugesellschaften (Genossenschaften usw.) ein größeres Tätigkeitsgebiet haben als in Deutschland. Dagegen unternehmen in England Paritätische und städtische Verwaltungen sehr wenig, um gesunde und gute Wohnungen zu errichten. Nach dieser Richtung macht nur der Graf-Schadwell, in dem auch das Comité über die Wohnungswirtschaft von großem Interesse. Jedenfalls hat das Comité in anderen Ländern die Wohnungsverhältnisse als verhältnismäßig sind.

a) Arbeitgeber: H. Schmiedehaus, Essen; Gehmann, Merklein; H. Walter, Röhlinghausen.
 b) Arbeitnehmer: Th. Hänschen, Bochum; Wilhelm Koch, Bochum; Johann Beck, Essenkirchen; Friedrich Werner, Paderborn; Ferdinand Bachert, Buer; Artur Schulze, Buer-Messe; Hermann Thielbier, Buer-Messe; W. Janzen, Düsseldorf; S. Otto, Dortmund; Fr. Kahl, Dortmund; S. Bendler, Herne; Muth, Köln von Punkt IV ab.

Oberstadtssekretär Wirtz-Essen als Protokollführer.
 In der heutigen Sitzung wurde folgendes verhandelt bzw. beschlossen:

1. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde Punkt 3 der Tagesordnung betreffend Einspruch des Arbeitgeberverbandes gegen die Abfassung des Punktes 3 des Protokolls vom 10. November 1911 betreffend Beschwerde des Zentralverbandes der Zimmerer gegen die Firma Grävlinghoff & Reinhardt zu Dortmund vorab verhandelt. Vorsitzender verliest den vom Arbeitgeberverband eingegangenen Einspruch.

Es wird eine Verständigung dahingehend erzielt, daß es im Protokoll heißen soll: „Die von der Firma Grävlinghoff & Reinhardt entlassenen Zimmerer erblicken in ihrer Entlassung eine Maßregelung, weil einige Differenzen mit der Firma vorangegangen seien.“

Ferner soll es heißen: „Seitens der Arbeitnehmer wird behauptet und durch einen Zeugen bestätigt, daß am Tage nach der Entlassung 3 Zimmerer eingestellt worden sind.“

Das beanstandete Protokoll soll nunmehr zur Berichtigung kommen.

2. Antrag der Schlichtungskommission der Zimmerer zu Buer. W. auf Entscheidung der Beschwerde der Firma Gebr. Senger in Herne wegen Verhängung der Sperre über die Koloniebauten Buer-Vöchter seitens der freien Zimmerer-Organisation.

Aus dem Vorbringen der Parteien und den Verhandlungen in der Schlichtungskommission ist als festgestellt anzusehen, daß die Firma Gebr. Senger in Herne dem Polier Wegmann Akkordarbeit übertragen und den Betrag hierfür ausbezahlt hat. Wegmann ist verschwunden und hat den Zimmerern ihren Lohn vorenthalten. Die Firma ist demgemäß durch Beschluß der Schlichtungskommission verpflichtet, die um ihren Lohn gekommenen Zimmerer zu entschädigen. Die Firma ist der weiteren Auflage des Beschlusses, sich mit den Arbeitnehmern über den zu erhaltenden Geldbetrag zu verständigen, nicht nachgekommen, hat auch nichts gezahlt. Mit Rücksicht darauf, daß die Firma vor dem Einigungsamt nicht erschienen ist und weitere Tatsachen nicht vorgebracht hat, die zu einer anderen Beurteilung der Frage führen könnten, so bleibt es bei der Entscheidung der Schlichtungskommission. Wegen der gegen die Firma verhängten Sperre geht die überwiegende Auffassung des Einigungsamtes dahin, daß die Verhängung der Sperre während des schwebenden Verfahrens nicht erfolgen durfte, daß sie jedenfalls ohne Einvernehmen mit dem Arbeitgeberbund als Vertragsteil nicht statthaft war. Mit Rücksicht auf das ganze vertragswidrige Verhalten der Firma wird nunmehr vereinbart, daß sie den Arbeitnehmerorganisationen freigegeben werden soll, falls sie innerhalb acht Tagen nach Zustellung dieses Beschlusses ihren Verpflichtungen nicht nachkommt.

3. Anfrage der Schlichtungskommission Südenscheid, wie die Auszahlung des Landgeldes zu erfolgen hat.

Vorsitzender teilt mit, daß die Arbeitgeber in Südenscheid der Ansicht sind, die Arbeitnehmer hätten keinen Anspruch auf Vergütung für die Zeit, welche sie über die, etwa eine halbe Stunde um die Stadt herum, festgelegten Punkte bis zu einer halben Stunde Fahrzeit zur Arbeitsstelle zurückzulegen hätten, es sei in solchen Fällen nur das Fahrgeid zu vergüten. Die Arbeitnehmer verlangten jedoch für diese über eine halbe Wegeinunde hinausliegende Fahrzeit außer dem Fahrgeid auch eine Vergütung als Arbeitszeit.

Einigungsamt stellt fest, daß die Fahrzeit über die festgelegten Punkte hinaus als Arbeitszeit zu vergüten ist.

4. Antrag der Schlichtungskommission Dortmund auf Entscheidung über die Auslegung des Paragraph 7 Abs. 4 letzter Satz des Vertrages.

Die Bestimmungen des Paragraph 7 Abs. 4, wonach bei Lösung des Arbeitsverhältnisses die Papiere spätestens am folgenden Tage ausgehändigt werden müssen, wird von den Arbeitnehmern nur auf auswärtige Arbeiten bezogen. Einigungsamt ist in der Mehrheit der Ansicht, daß diese Auffassung weder im Wortlaut noch in den protokollarisch niedergelegten Vertragsverhandlungen eine Begründung erhält. Dagegen ergibt sich aus dem Wortlaut, daß im allgemeinen die Aushändigung der Papiere am Tage der Lösung des Arbeitsverhältnisses, wie auch üblich, erfolgen soll und daß nur besondere Umstände den Arbeitgeber berechtigen, in Ausnahmefällen mit der Aushändigung bis zum nächsten Tage zu warten.

5. Anfrage der Schlichtungskommission Castroj, ob die in Paragraph 6 Abs. 1 des Vertrages zu zahlende Teilzahlung von 95 Prozent sinngemäße Anwendung auf Akkordarbeit findet.

Die Arbeitnehmer sehen auf dem Standpunkt, daß die Teilzahlung von 95 Prozent auch auf den verdienten Akkordlohn gemäß Paragraph 6 des Vertrages zu erfolgen hat. Der Vertrag gelte für alle Arbeitsverhältnisse, also auch für die Akkordarbeit. Die Arbeitgeber sind der Ansicht, daß die Akkordarbeit nur vertraglich zwischen den Parteien vereinbart werden kann und daß die Teilzahlung von 95 Prozent auf Akkordarbeit nicht ohne weiteres Anwendung findet. Einigungsamt beschließt mit den Stimmen der Arbeitgeber und des Vorsitzenden: Die in Paragraph 6 Abs. 1 des Vertrages zu gewährende Teilzahlung von 95 Prozent ist nur dann

auf Akkordarbeit anwendbar, wenn sie im Akkordvertrag vereinbart ist.

Gründe. Die Bestimmungen des Vertrages finden zwar im allgemeinen auf Akkordarbeit sinngemäße Anwendung, jedoch nur insoweit, als der Charakter der Akkordarbeit sich mit ihnen nicht in Widerspruch setzt. Die 95prozentige Teilzahlung des verdienten Lohnes ist bei der Berechnung nach Stundenlohn sehr gut durchführbar, da über die Höhe des verdienten Lohnes kein Zweifel sein kann. Dagegen kommt es bei der Akkordarbeit sehr auf die Vertragsbestimmungen an, ob zu jeder Zeit durch Vermessung usw. eine genaue Berechnung der verdienten 95 Prozent ermöglicht werden kann. Eine mechanische Anwendung des Paragraph 6 Abs. 1 auf Akkordarbeit unterliegt daher erheblichen Bedenken und läßt insbesondere befürchten, daß die Akkordverträge, die der freien Vereinbarung unterliegen, nicht immer die genügende Grundlage für eine zweifelsfreie Berechnung des fälligen Verdienstteils bieten. Hiernach erscheint es zur Vermeidung fortwährender Unstimmigkeiten geboten, in dem Akkordvertrag auch die Zahlungsbedingungen zu regeln, sei es, daß die Abschlagszahlungen in wöchentlichen Pauschsummen angegeben oder nach bestimmten Grundflächen in Beziehung zu der geleisteten Arbeit gesetzt werden.

Gegen diese Entscheidung erklärten die Arbeitnehmer, Berufung an das Zentralschiedsgericht einlegen zu wollen.

6. Unter geschäftlicher Mitteilung teilt Vorsitzender mit, daß die laut Beschluß des Einigungsamtes vom 16. Juni 1911 in der Streitfrage zwischen den Zimmerern Kelate und Ven. gegen die Firma Schmann zu Somborn wegen Entstattung ausgesetzten Logisgebüdes einzuholenden Auskünfte der Schlichtungskommissionen in Witten und Dortmund nach monatelangem Warten eingegangen sind. Nach Anhörung der eingegangenen Mitteilungen beschließt Einigungsamt, die seitens der Dortmundener Arbeitgeber geübte Praxis anzunehmen, wonach bei Uebernachten die volle Entschädigung für Kost und Logis nach dem Beschlusse der Schlichtungskommission für Pflanzdortmund und Somborn vergütet wird. Dieser lautet:

„Ist Uebernachten erforderlich, so wird Entschädigung für Kost und Logis gewährt. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen.“
 Rath. Wirtz.

Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe.

Entscheidung 212 (Halle a. d. S.).

Das Urteil der II. örtlichen Instanz, in dem ausgeprochen ist, daß einige Zimmerer nicht wegen ihrer Organisationszugehörigkeit, sondern wegen Holzmanns von einem Zimmermeister entlassen worden sind, wird bestätigt.

Gründe:

Das Gewerbegericht in Halle a. d. Saale hat in zweiter Instanz in Sachen der Zimmerer Henke und Sad gegen den Zimmermeister Karl Schulze in Halle a. d. Saale unter dem 22. Februar 1911 dahin entschieden, daß die Entlassung der Kläger, welche am 2. Dezember 1910 erfolgt ist, keine Maßregelung darstellt.

Das Gewerbegericht hat diese Entscheidung als einen Schiedsspruch gemäß § 72 des Gewerbegerichts-Gesetzes aufgefaßt und den Parteien zur Annahme desselben eine Frist gesetzt, nach deren Ablauf der Schiedsspruch als abgelehnt angesehen sei, wenn sich nicht beide Parteien unterwerfen. Da dies nicht geschehen ist, bitten die Arbeitgeber um Bestätigung der Entscheidung.

Dem Antrage war stattzugeben, da es sich um eine tarifliche Entscheidung handelt, die die Wirkung eines rechtskräftigen gerichtlichen Urteils hat, ohne daß es einer Unterwerfung bedarf.

Entscheidung 225 (Stettin).

1. Es ist zulässig, mit den Polierern oder deren Organisationen besondere Verträge abzuschließen, falls feststeht, daß diese sich nur auf Angestellte in gehobener Stellung beziehen sollen.

2. Für den Begriff der gehobenen Stellung ist u. a. maßgebend: Die Art der Tätigkeit, die Kündigungsfrist, die Anzahl der unterstellten Personen, Art und Höhe der Entlohnung und die Stellvertretungsbezugnis, welche nicht lediglich vorübergehend übertragen sein darf.

3. Ein derartiger Vertrag darf nicht gegen die in dem bestehenden Vertragsverhältnis begründeten Rechte und Pflichten der beiderseitigen Organisationen verstoßen.

4. Demgemäß wird der vorliegende Vertrag für unzulässig erklärt und der Schiedsspruch der zweiten Instanz, soweit er den vorstehenden Voraussetzungen nicht entspricht, abgeändert.

Gründe:

In der vorliegenden Entscheidung werden zwei denselben Gegenstand betreffende Verordnungen des Bauarbeiterverbandes und des Zimmererverbandes gemeinsam behandelt.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Stettin hat mit den Bezirksvereinen 1 und 2 des Deutschen Polierbundes zu Stettin und Umgegend einen Vertrag abgeschlossen, in dem es heißt:

„In § 2: Der Arbeitgeberbund ... erkennt in den Bezirksvereinen 1 und 2 des Deutschen Polierbundes ... eine Unterabteilung des Deutschen Polierbundes an und sichert diesen Mitgliedern gegenüber feindseligen Bestrebungen anderer Organisationen seinen Schutz zu, auch dann, wenn Mitglieder des Polierbundes mangels anderweitiger Beschäftigung vorübergehend als Gesellen arbeiten. Demgegenüber sind Mitglieder der Bundesvereine 1 und 2 des Deutschen Polierbundes für den Vertragsbezirk verpflichtet, keiner Gesellenorganisation beizutreten, auch dann nicht, wenn sie vorübergehend als Gesellen arbeiten.“

In § 3: Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes ... versprechen bei Einstellung von Polierern in erster Linie, Mitglieder des Polierbundes zu berücksichtigen. Bei

Werbungsgefahren haben sich die Poliere als Mitglieder des Deutschen Polierbundes auszuweisen. Die Vorstände der Bezirksverbände 1 und 2 im Deutschen Polierbunde sind verpflichtet, den Arbeitgeberverband zu Stettin bezüglich ihres Mitgliederbestandes auf dem laufenden zu halten. Poliere, welche dem Polierbunde noch nicht angehören und bei einem Arbeitgeberverbandsmitgliede als Polier angenommen sind, ist dieselbe Lohnung zu zahlen, welche den Mitgliedern des Polierbundes vertragsmäßig zugesichert ist, vorausgesetzt, daß sie den Verpflichtungen des § 2 nachgekommen sind. Personen, welche irgendeiner Gesellenorganisation angehören, dürfen von Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes als Poliere nicht beschäftigt werden. Der Arbeitgeberverband zu Stettin verpflichtet sich, ausdrücklich dafür Sorge zu tragen, daß arbeitslose Poliere bei seinen Mitgliedern als Gesellen eingestellt werden. Die Poliere sind verpflichtet, vor Einstellung eines arbeitslosen Kollegen die Genehmigung hierzu vom Arbeitgeber einzuholen.

Während der Bauarbeiterverband nur diese beiden Paragraphen anführt, beantragt der Zimmererverband, den ganzen Vertrag für unzulässig zu erklären. Beide berufen sich auf folgende Bestimmungen des Hauptvertrages von 1910 und des örtlichen Tarifmusters:

§ 7 des Hauptvertrages: Das Vertragsmuster nach den protokollarisch erklärten Erklärungen ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Hauptvertrages und bildet die Grundlage der von den örtlichen Organisationen abzuschließenden Verträge. Er ist in seinem Wortlaut unabänderlich. Zusätze sind gestattet, soweit sie nicht den Sinn seiner Bestimmungen oder dieses Hauptvertrages abändern.

§ 9 des Vertragsmusters: Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß einzusetzen, Verstöße gegen den Vertrag oder Umgehungen desselben nachdrücklich zu bekämpfen, insbesondere keine im Widerspruch mit dem Vertrage abzuschließenden Bausperren, Streiks und Aussperrungen oder sonstige Maßnahmen irgendwie zu unterstützen.

In § 10: Die Zugehörigkeit zu einer Organisation darf auf keiner Seite ein Grund zu Maßregelungen sein, ebensowenig darf der Arbeiter aus einer Organisation gebracht werden.

Das Schiedsgericht zweiter Instanz in Stettin hat am 22. September 1911 entschieden:

1. Es widerspricht den Tarifverträgen mit den Maurern und Zimmerern an sich nicht, wenn die Arbeitgeber abweichende Bestimmungen in bezug auf die Beschäftigung von Arbeitnehmern als Poliere treffen, weil jene Tarifverträge überhaupt in bezug auf die Beschäftigung von Arbeitnehmern in denjenigen Gattungen gelten können, mit denen die Tarifverträge abgeschlossen sind, also auf die Beschäftigung als Maurer- und Zimmerergesellen, während Poliere als eine andere Gattung anzusehen sind.

2. Es widerspricht dagegen den Tarifverträgen mit den Maurern und Zimmerern, wenn die Arbeitgeber derartige abweichende Bestimmungen auch auf solche Arbeitnehmer erstrecken, die als Maurer- und Zimmerergesellen beschäftigt werden, wenn sie auch vorher als Poliere beschäftigt gewesen sind; denn da die Beschäftigung der Maurer- und Zimmerergesellen von beiden Seiten jederzeit ohne Kündigung gelöst werden kann, ist ein begrifflicher Unterschied zwischen vorübergehender und ständiger Beschäftigung als solcher nicht gegeben.

3. Der Vertrag mit dem Polierbunde würde den Tarifverträgen mit den Maurern und Zimmerern nicht widersprechen, wenn der letzte Satz des § 2 dahin geändert würde: „... anzuhören bzw. beizutreten, solange sie als Poliere beschäftigt waren.“

4. Es widerspricht den Tarifverträgen, wenn die Arbeitnehmer als Gegenmaßnahme gegen eine Vertragsverletzung im Sinne der obigen Ziffer 2 beschließen haben, den § 10 Absatz 1, 2 und 3 der Tarifverträge nicht zu beachten.

5. Um den Vertragsfrieden wieder herzustellen, ist demgemäß erforderlich:

a) daß die Arbeitgeber den Vertrag mit dem Polierbunde nur im Sinne der obigen Ziffer 3 anwenden und womöglich eine Abänderung in diesem Sinne herbeiführen;

b) daß die Arbeitnehmer den § 10 Absatz 1, 2 und 3 der Tarifverträge wieder beachten.

Zuzustimmen war der Vorinstanz, wenn sie die Zulässigkeit abweichender Tarifverträge mit Polierern bejahte, denn das bestehende Tarifverhältnis im Baugewerbe bezieht sich nur auf Gesellen, Gehilfen und Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung. Auf andere Angehörige würde das Vertragsmuster gar nicht passen, insbesondere nicht auf Meister und Betriebsbeamte, die eine Stellung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern einnehmen und kraft ihres Amtes die Interessen der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern wahrnehmen müssen.

Nun bestehen aber gegen den Tarifvertrag der Poliere vom Standpunkte des bestehenden allgemeinen Tarifverhältnisses im Baugewerbe zwei Bedenken: einmal darf kein Teil mit irgend jemand einen Tarifvertrag abschließen, der bezweckt, die durch das bestehende Tarifverhältnis im Baugewerbe für die Gegenpartei begründeten Rechte zu beeinträchtigen, und dann ist der Begriff „Polier“ kein so bestimmter, daß er ohne weiteres Gesellen, Gehilfen und Arbeiter ausschließt.

Die Poliere gehen aus dem Arbeiterstande hervor und treten auch sehr oft in denselben zurück. Bald haben sie die Stellung eines Vorarbeiters, den man noch zu den Gesellen rechnen muß, bald die eines Meisters oder Betriebsbeamten. Daher dürfen die Arbeitgeber nur mit solchen Polieren oder ihren Organisationen Tarife abschließen, die nicht bloß Gehilfen sind, sondern eine gehobene Stellung (§ 133a Gewerbeordnung) haben, deren Merkmale unter II des Tenors beispielsweise aufgeführt wurden.

Unter Nr. III war auszusprechen, daß ein solcher Vertrag nicht gegen das bestehende Tarifverhältnis im Baugewerbe verstoßen darf.

Die beiden §§ 2 und 3 verstoßen nun aber gegen dieses Tarifverhältnis schon deshalb, weil Personen aus

den. Die tarifreuen Unternehmer sind dann aber die Geschädigten. Daher sind dem rheinischen Arbeitgeberverbande Urträge zugesandt, die besagen, daß bei der nächsten Tarifbewegung diese Orte aus dem Bereich des Tarifvertrages ausgeschlossen werden sollen. Der Vorstand hat laut Bekanntmachung beschlossen, diese Frage als besonderen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Tagung zu setzen. Unsere Kollegen in solchen Orten, vor allem am linken Niederrhein, tun gut, sich dieses besonders zu merken, wenn sie sich vor großen Schäden bewahren wollen.

Die Bestrebungen der Arbeitgeberverbände, allerorts Akkordverträge einzuführen, sind abgelehnt. Wir haben, auf Grund der Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts, uns zu Verhandlungen bereit erklärt, es aber abgelehnt, Preise für Akkordarbeiten zu vereinbaren, für Arbeiter, wofür bisher keine Akkordverträge bestanden.

Die Arbeit der Schlichtungskommission ist nicht so, wie sie sein könnte und müßte. Es wird zu viel Verschleppungspolitik seitens der Arbeitgeber getrieben, wodurch öfters Kollegen geschädigt und die Untersuchung der Streitfälle erschwert wird. Einigungs-Amtsrichtungen sind in diesem Jahr weniger gewesen. Im rheinischen Bezirk sind nur wenige Streitfälle dem Einigungs-Amt überwiesen worden. Dagegen mußte im Bergischen Lande das Einigungs-Amt öfters Streitfälle schlichten, weil man sich in den Schlichtungskommissionen, vor allem Barmen und Elberfeld, nicht verständigen konnte.

Bezüglich der Kontrolle über die Bauarbeiterzuschüsse ist es in den größeren Städten etwas besser geworden. In den Kleinstädten dagegen, und vor allem auf dem Lande, fehlt die Kontrolle fast ganz. Die neue Verordnung muß benutzt werden, um auf dem Lande und in den Kleinstädten für Besserung zu sorgen. Prozentual genommen, kommen die meisten Unglücksfälle im Dachdeckerberuf vor.

Die Geschäftsführung im Verbandsverbande läßt immer noch zu wünschen übrig. Vor allem ist es die unpräzise Abrechnung in den Zahlstellen, wodurch dann auch die Abrechnungen in den Verwaltungsstellen stocken und zu spät eingesandt werden. In diesem Punkte muß es im Jahre 1912 unbedingt besser werden. Jeder Zahlstellenkassierer sollte sich vornehmen, spätestens acht Tage nach Quartalschluß die Abrechnung gemacht zu haben. Es ist dann auch eine Umsichtung der Berichte nach der agitatorischen Seite hin möglich.

Der Versammlungsbesuch ist nur da zufriedenstellend gewesen, wo der Vorstand sowohl die Bekanntmachung als auch die Tagesordnung regelmäßig in Vorstandsitzungen gut vorbereitet hat. Müßten sich dieses doch alle Vorstandsmitglieder der einzelnen Zahlstellen besonders gut merken und regelmäßige Vorstandssitzungen abhalten. (Schluß folgt.)

Verbandsnachrichten.

(Versammlungsberichte sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzuliefern. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschreiben werden und muß an einer Seite ein ca. zweifingerbreiter Rand freilassen für notwendige Korrekturen.)

Berlin. (Führer.) Am 7. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist folgendes zu bemerken: Es haben neun Mitglieder und zwei Generalversammlungen stattgefunden, ferner vier Vorstands- und eine Kommissions-sitzung mit dem „freien“ Verbandsverbande betreffs Lohnbewegung. Mit dem Versammlungsbesuch können wir im allgemeinen nicht zufrieden sein, ist es doch Pflicht eines jeden Kollegen, die Versammlungen zu besuchen. Betreffs Mitgliederzahl können wir mit dem Erfolg in diesem Jahre zufrieden sein, da wir den Bestand vom Jahre 1910 überschritten haben, trotzdem uns eine ganze Anzahl Kollegen bei Einführung der Zentralisation untreu geworden sind. Zu der Lohnbewegung ist zu bemerken, daß dieselbe mit Erfolg durchgeführt worden ist. Leider werden die Preise von Tag zu Tag mehr herabgedrückt. Da uns die Erlöse in diesem Jahre keineswegs befriedigen können, forderte der Vorsitzende die Kollegen zu reger Mitarbeit auf. In der Diskussion erläuterte Kollege Bergmann die Ausführungen des Vorsitzenden und ersuchte die Kollegen, treu zum Verbandsverband zu halten. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden folgende Kollegen in den Vorstand neu bzw. wiedergewählt: P. Bogoll erster, H. Dombrowski zweiter Vorsitzender, J. Thomas erster, F. Bartowial zweiter Schriftführer, A. Konepke als Beisitzer. Als Kartellbelegierter Kollege Verda, Türkontrolle Kollege Bitterel, Begräbnisdeputation die Kollegen Bogoll, Dombrowski, Konepke. Unter Verschiedenes wurde noch auf einige Verhandlungen des Kartells hingewiesen und die Kollegen ermahnt, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Abschluß wurde die Versammlung mit einem Hoch auf unseren Verband geschlossen.

Burgoberbach. Am 31. Dezember hielten wir unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom Jahre 1912, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Festlegung des Versammlungslokals, 4. Anträge, 5. Verschiedenes. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Franz Angermeyer, erster Vorsitzender; Georg Appel, zweiter Vorsitzender; Michel Baher, Kassierer; Schwesler Appel, Schriftführer. Als Revisoren wurden gewählt: Nikolaus Schaff und Edward Appel. Die Versammlungen werden wieder abgehalten wie seither, nämlich jeden letzten Sonntag im Monat. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zu eifriger und treuer Mitarbeit auf, besonders in den Sommermonaten. Die Versammlungen müssen eifrig besucht werden, damit die Kollegen ihr Wissen erweitern. Wichtig ist es, daß manche Kollegen selbst auf die tüpeltästen Aurenpeinungen der Gegner keine Antwort finden. Das darf nicht mehr sein. Und dann muß in der Agitation eifrig

kleinere geleistet werden, damit wir am Jahres-schluß eine Mitgliederzahl von 50 mustern können.

Danzig. Am 31. Januar hielt unsere Zahlstelle der Maurer die diesjährige Generalversammlung ab, welche sich eines zehnjährigen Bestehens erfreute. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung erstattete der Kassierer, Kollege Urowski, den Kassenbericht der Verwaltungsstelle. Die Einnahmen für die Zentrale betragen im vierten Quartal 1159,57 M., die Ausgaben 100,40 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 517,06 M., die Ausgaben 173,20 M. Bleibt noch ein Lokalkassenbestand von 344,86 M. Die Jahreserinnahme für die Zentrale betrug 4369,20 M., die Ausgabe 1093,68 M. Krankenunterstützung wurde im Berichtsjahre in 18 Fällen für 550 Tage die Summe von 381,10 M. gezahlt. An Sterbegeld wurde in einem Falle 48 M. gezahlt. Die Revisoren bestätigten, die Kasse geprüft und in Ordnung gefunden zu haben. Hierauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Es fanden im vergangenen Jahre 21 Versammlungen statt. Davon eine Generalversammlung, vier gemeinschaftliche mit den Zimmerern und Bauhilfsarbeitern und 16 Mitgliederversammlungen. Ferner wurden 16 Vorstandssitzungen abgehalten. Der Inhalt der Tagesordnung bestand aus Vorträgen, Berichterstattungen von Verbandsbeschlüssen und Aufklärung über dieselben. Der Inhalt der Vorträge erstreckte sich auf folgende Gebiete: Ausbau der christlichen Gewerkschaften, Rechtschutz, Invalidenversicherung, geistige Bildung des Arbeiterstandes, Tarifverträge, sowie über Naturallöhne aus dem Mittelalter. Der Versammlungsbesuch ließ viel zu wünschen übrig. Unser Lokalsekretär, Kollege Benker, gab dann einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Er schilderte kurz die Ereignisse hier am Orte, brachte dann seine Freude zum Ausdruck über den zahlreichen Besuch. Die Kollegen sollten bei dieser Generalversammlung sich zum Gelübde machen, die Versammlungen von jetzt ab besser zu besuchen wie bisher. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Als erster Vorsitzender wurde gewählt: Kollege S. Bente, als zweiter P. Anglowski, als erster Kassierer wurde Kollege Urowski, als zweiter Kollege Steinbrück gewählt, als Schriftführer wurde Kollege Pöblich gewählt. Im Verschiedenen wurden interne Angelegenheiten besprochen. Der Vorsitzende, Koll. Bente, ersuchte die Kollegen, alle dazu beizutragen, damit unser Verband mehr und mehr erstärke.

Gnefen. (Maurer.) Unter reger Beteiligung unserer Kollegen fand am 17. Januar unsere Generalversammlung statt. Wie aus dem Berichte des Schriftführers zu ersehen war, herrschte im vergangenen Jahre reges Leben in unserer Zahlstelle. Er berichtete einleitend von dem Ergebnis eines Besuchs an den hiesigen Magistrat, daß von allen Verbandsvorständen am Orte gestellt war und daß den Zweck hatte, gegen die bestehende Feuerung einige Maßnahmen zu treffen. Es handelte sich in der Hauptsache darum, dem arbeitenden Volke einen billigen Einkauf von Fleisch, Brot und Kohle zu ermöglichen. Leider verhielt sich der Magistrat unseren Vorschlägen gegenüber gänzlich ablehnend. Daß eine Fleischsteuerung nicht bestehe, schließt er daraus, daß das der Freibank überwiesene Fleisch nur geringen Absatz finde, trotzdem das Pfund für 20-30 Pf. verkauft würde. Sonderbarerweise wußte sich aber kein Familienvater zu erinnern, daß er oder seine Frau je so billig auf der Freibank eingekauft hätte. Unsere Kollegen sind aber bereit, wenn der Magistrat genießbares Fleisch zum Preise von 20-30 Pf. liefert, für jedes Pfund 10 Pf. an den Magistrat abzuliefern. Bezüglich der Kartoffelpreise wurde uns der süße Trost, daß die Preise gesunken wären, und daß ein weiteres Sinken der Preise zu erhoffen wäre. Wir beschränkten nur, daß zu dem Zeitpunkt, wo letzteres eintritt, wir neue Kartoffeln eisen. Im zweiten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Palski den Kassenbericht. Die Einnahme im Berichtsjahre betrug für die Hauptkasse 1516,40 M. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Jahres-schluß 179,29 M. Mitglieder waren vorhanden im ersten Quartal 89, im zweiten 92, im dritten 126, im vierten 116. Bei der Vorstandswahl waren alle Kollegen der Ansicht, daß eine bessere Zusammenfassung wie im alten Vorstand nicht möglich sei. Der alte Vorstand wurde denn auch in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Und nun, Kollegen, erneut an die Arbeit. Wir wollen einig sein wie bisher, immer enger, aber auch fester wollen wir die Reihen schließen, und dann gehen wir mit größter Ruhe dem Sturm entgegen, den das Jahr 1913 uns bringen wird. Mit Gottvertrauen vorwärts!

Hannover. (Jahresbericht.) Das Jahr 1911 legte wohl allerwärts mit einer guten Konjunktur ein, was leider für Hannover nicht zutrifft. Wohl kein Jahr hatten unsere Kollegen unter der Arbeitslosigkeit zu leiden wie 1911. Der Rückgang der Bautätigkeit ist in der Hauptsache auf Konto der neuen Bauordnung zu setzen, welche mit einem Schlag die vierte Etage beseitigte. Wohl mancher Bauherr hatte schon Baupläne gekauft und damit gerechnet, daß er noch die vierte Etage ausbauen dürfte, was nach dem Inkrafttreten der Bauordnung verboten war. So blieben viele Projekte liegen und entfiel die Stockung. Was für andere Städte zutrifft, daß viele leerstehende Wohnungen zu verzeichnen sind, ist für Hannover nicht der Fall. Nach der Statistik von 1910 sind in Hannover nur 1,5 Prozent an leerstehenden Wohnungen zu verzeichnen, während Hamburg mit 7 Prozent und Neudöhl gar mit 15 Prozent an der Spitze steht. Es darf dabei nicht außer Betracht gelassen werden, daß für Hannover 17 Prozent der Vorder- und Kleinsohnhäuser mit einem Mietspreis bis 500 M., 31 Prozent als Mittelwohnhäuser mit einem Mietspreis bis 1000 M. und 21 Prozent als Großwohnhäuser mit höheren Wohnungsmieten anzusprechen sind. Allgemein fehlen die kleinen Wohnungen, welche für den Arbeiter die billigsten und die begehrtesten sind. Das Bürgervorsteherkollegium hat daher auch im vergangenen Jahre an den Magistrat der Stadt Hannover den Antrag gestellt, zwecks Erleichterung eines Hypothekensystems für Neubauten mit Kleinwohnungen zum Mietspreise von höchstens 350 M. an 80 Prozent Darlehen im zweiten Falle zu gewähren.

Wir wollen hoffen, daß dieser Antrag beim Magistrat die nötige Berücksichtigung findet, um so dem Arbeiter mit geringem Einkommen eine gesunde Wohnung zu verschaffen. Durch die erwähnte schlechte Bautätigkeit in Hannover mußten viele Kollegen abreisen, um anderwärts Beschäftigung zu finden. Die Zahl der abgereisten Kollegen beträgt 303, während an Zugang durch Aufnahmen 146 und die der Zugereisten nur 46 betrug. Aus anderen Organisationen traten über 81 Kollegen. Wenn trotzdem die Mitgliederzahl von 1910 nicht gehalten werden konnte und die durchschnittliche Mitgliederzahl 1019 betrug, so dürfen wir damit zufrieden sein. Unter den aufgenommenen Kollegen sind 39, welche die Lehre beendet hatten, wovon wir von den Vertrauensmännern der Winterzahlstelle die Adressen in dankenswerter Weise erhalten hatten. Mehr muß aber noch in der Jugendfrage geschehen. Zu bedauern ist nur noch, daß Eöhne von unseren Kollegen anderen Organisationen zugeführt werden. Welche Gleichgültigkeit diese Väter an den Tag legen, ist unbegreiflich, wenn so ihre Kinder der Organisation verloren gehen, wo sie selbst 10 und längere Jahre Mitglied sind. An Agitation hat es der Verwaltungsvorstand nicht fehlen lassen. Fanden doch allein 119 Versammlungen, 37 Vorstandssitzungen und 11 Vertrauensmännerversammlungen statt. Der Besuch der Versammlungen war leider ein schlechter. Es muß in dieser Beziehung besser werden. Besser gestaltet sich der Kassenbericht gegen das Jahr 1910. Die Einnahme der Verwaltungsstelle betrug 30 169,86 M., der folgende Ausgaben gegenüberstehen: an Rechtschutz wurden verausgabt 56,08 M., an Krankenunterstützung 2415,50 M., an Sterbeunterstützung 352 M., für Unkosten bei Lohnbewegungen 25,08 M. An die Zentralkasse wurden in bar abgeführt 18 327,09 M. Die lokalen Ausgaben betragen 6108,02 M., so daß ein Kassenbestand von 2886,09 M. für die Lokalkasse verbleibt. Die Beitragsleistung beträgt somit auf Marken ohne Krankenmarken berechnet 35,03 M. im Durchschnitt oder in bar sind durchschnittlich 26,77 M. gezahlt worden, das macht auf die Woche 66,09 M. Wenn sich die Beitragszahlung verbessert hat, so ist wohl anzunehmen, daß nach unserem neuen Statut die Beförderung anhalten wird, weil die Unterführungen nach Leistungen neu aufgebaut sind. Hervorgehoben werden darf, daß die Bauarbeiter bereits im vergangenen Sommer den Beitrag von 80 Pf. gezahlt haben, wogegen der Pflichtbeitrag nur 70 Pf. betrug. Auch für 1912 ist der Beitrag für die Bauarbeiter auf 80 Pf. schon im Oktober beschloffen worden. Dafür bleiben ihnen die Rechte gesichert, wie sie die Maurer, Zimmerer usw. haben. An Lohnbewegungen hatten wir durch das Jahr 1910 wohl gehofft, Ruhe zu haben, dem ist nicht so. Innerhalb der Verwaltungsstelle wurden vier Bewegungen geführt, und zwar für die Dachdecker, Deckenrohrer, Isolierer und Bauarbeiter. Ferner wurde der Tarif von 1910 endgültig fertiggestellt, indem der Akkordtarif für Fußer auf der alten Grundlage angenommen wurde. Die Schuld, daß nicht mehr erreicht wurde als im alten Verträge bestand, ist dem „Lokalistenklub“, wie er genannt wird, zuzuschreiben. Diese Leute konnten sich nicht wild genug ansprechen, als die Verhandlungen der Fußer stattfanden und dieselben noch im Verband der Maurer organisiert waren und als Vertreter der Fußer an den Verhandlungen teilnahmen. Nach den Verhandlungen gingen sie hin und nahmen die Bauten unter dem alten Tarif an. So kam die Zerspaltung zustande, und trennten sich diese „Unzufriedenen“ von der freien Organisation. Von unserer Organisation hatten sie auf Mitglieder gerechnet, aber vergebens. Ein vernünftiger Gewerkschaftler wird sich dorthin nicht verirren. Weiter wurde bei einem Unternehmer die Arbeit eingestellt, weil an dem Bau keine Bauarbeiterbestimmungen eingehalten wurden, und so die Kollegen ihres Lebens nicht sicher waren. Nachdem der Unternehmer sah, daß so seine Arbeit liegen blieb, schickte er sich an, die Abdeckung vorzunehmen. Nach dem Bericht des Stadtbauamtes kamen bei der Kontrollierung der Bauten allein 1936 Beanstandungen vor. An 184 Bauten fehlte die Abdeckung zum größten Teile ganz und in 46 Fällen wurde das Ueberhandmauern verboten. Durch letzteres beklagen wir den Verlust eines jungen Kollegen, der seinen Tod fand. Wir müssen von unseren Kollegen erwarten, daß sie auf die Durchführung der Bauarbeiter-schutzbestimmungen das größte Gewicht legen, weil sonst ihr Leben und ihre Gesundheit gefährdet wird. Die Rechtschutzerteilung wurde in dankenswerter Weise vom Volksbureau in Hannover übernommen, weil uns in der Lokalverwaltung keine Zeit übrigblieb, um so die Rechtschutzerteilung zu erledigen. An Auskünften wurden 1107 erteilt und 760 Schriftsätze angefertigt, welche sich mit Unfall-, Kranken- und Invaliden- sowie Militär-, Miets-, Forderungs-, Verpöplungs-, Erbschafts-, Testament-, Polizei-, Schul-, Steuer- und Gemeindefachen befaßten und in tatkräftiger Weise vertreten wurden. Einige größere Forderungen in referierendem Lohn wurden mit Erfolg betrieben, andere sind noch nicht erledigt. Die Einhaltung des Tarifes wurde durch die Ortsverwaltung überwacht, um so den festgesetzten Lohn den Kollegen zu verschaffen. Der Postgang betrug im Berichtsjahre 677, wogegen der Ausgang 1868 betrug. Viel Nachfrage nach Arbeit war bei uns zu verzeichnen, allein im Monat Oktober meldeten sich 133 Mitglieder als arbeitslos, welchen zum größten Teile Arbeit verschafft werden konnte. Es wurden mehr Kollegen in Arbeit gebracht werden können, wenn von den in Arbeit stehenden Kollegen mehr die offenen Stellen dem Bureau mitgeteilt würden. Die Kollegen laufen oft tagelang arbeitslos umher, wogegen bei tatkräftiger Unterstützung viele Kollegen untergebracht werden können. Wir bitten dringend um Unterstützung in der Arbeitslosigkeit. Der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes in Hannover stellte 1910 15 961, im Jahre 1911 nur 14 312 Scheine aus. So ist das Jahr 1911 an uns vorübergezogen, ziehen wir die richtige Lehre daraus und holen das Veräumte in diesem Jahre nach, dann wird es schon vorwärtsgehen. Allen Kollegen, besonders aber den Vorstands- und Vertrauensleuten, die im Jahre 1911 mitthäfen, unsere Bewegung voranzubringen, unseren besten Dank, sie mögen uns weiter traulichst begleiten. R. Schneider.

Hagen. Am Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 6 Uhr, fand unsere Generalversammlung statt, zu welcher alle Kollegen, außer zwei erkrankten, erschienen waren. Kollege Dax-Röhl gab den Jahres- und Kassenbericht der Verwaltungskasse vom Jahre 1911, woraus zu entnehmen ist, daß die Organisation im Geschäftsjahre 1911 gut abgeschlossen hat. Durch die Lohnbewegungen ist für die beteiligten Kollegen für die Dauer der abgeschlossenen Tarifverträge eine Lohnaufbesserung von 66 000 M erzielt worden. Auch die Kassenverhältnisse sind gestärkt worden. Der Berichtsteller gab bekannt, daß der Jahresbericht gedruckt, wie bisher, den einzelnen Kollegen zugestellt wird. Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurde der 1. und 2. Vorsitzende sowie der Kassierer wiedergewählt. Neugewählt wurden: der Kollege Plog als Schriftführer, die Kollegen Berger und Michels als Revisoren. Sämtliche Gewählten versprachen, weiter kräftig mitzuwirken am Ausbau der Organisation, damit im Jahre 1912 noch größere Erfolge und Fortschritte zu verzeichnen seien, wie im Jahre 1911. Bei dem Punkte, Beitragsregelung, gaben alle Kollegen ihre volle Zustimmung, daß die Beitragsfrage in dem Sinne geregelt wird, wie es vom Verwaltungsvorstand vorgeschlagen wurde. Auch das neue Statut fand die Zustimmung der Kollegen. Mit einem warmen Appell an die Mitglieder schloß der Vorsitzende um 8 Uhr die interessante Versammlung.

Sandberg (Hitz). Am Sonntag, den 11. Februar, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der Bezirksleiter, Kollege Schönfeld, welcher ein großes Interesse für unsere Verwaltungskasse hegt, schickte uns den Kollegen Dahnig aus Danzig, jetzt Sozialbeamter in Königsberg, als Referenten. Auf der Tagesordnung stand 1. Kassenbericht, 2. Jahresbericht, 3. Vortrag, 4. Verschiedenes. Die Abrechnung des vierten Quartals wurde vom ersten Kassierer bekanntgegeben und von den Revisoren für richtig befunden. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende, Kollege Strauß. Er schilderte, unter welchen Schwierigkeiten unser Verband hier zu kämpfen habe. Kollege Dahnig hielt daraufhin einen dreiviertelstündigen Vortrag, indem er einen Rückblick auf das vergangene Jahr warf und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften schilderte. Er forderte die Mitglieder auf, gemeinsam mit dem Vorstände zu arbeiten und sich gegenseitig Vertrauen entgegenzubringen. Redner erwarb für seinen lehrreichen Vortrag reichen Beifall. Im Verschiedenen sprachen noch einige Kollegen. Der Vorstand und die Mitglieder versprachen, Hand in Hand für den Ausbau der Verwaltungskasse Sandberg arbeiten zu wollen. Zwei Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Kollege Klein dankte dem Vorstand für die Tätigkeit und brachte ein Hoch auf den Vorsitzenden, Kollegen Strauß, und auf den Verband aus, in welches die Kollegen beigetreten sind.

Reinhardt. Unsere Jahreshauptversammlung hielt eine außerordentliche Versammlung ab. Der Bezirksleiter, Kollege Lange, hielt uns einen lehrreichen Vortrag über das deutsche Wirtschaftsleben. Es wurde in der Diskussion beantragt, den Vortrag in der Lokalpresse zu veröffentlichen, damit die übrige Bevölkerung einsehen, daß die christlichen Gewerkschaften denn doch ganz anders zu bewerten sind, als wie es tatsächlich manchenorts hier geschieht. Dem Antrag wurde stattgegeben und ist derselbe bereits zur Ausführung gekommen. Erinnerung wurde an den Beschluß von der vorigen Versammlung, betreffend der Beitragsfrage. Der Beitrag beträgt darnach für Maurer 75 Pf., und zwar 65 Pf. Zentralbeiträge und 10 Pf. Lokalbeitrag. Da jedem Kollegen desto höhere Unterstützungszusage zuzuehen je höher der Beitrag geleistet wird, so liegt die erhöhte Beitragleistung im Interesse der Kollegen selbst. Vor allem liegt sie auch im Interesse der Frauen, bzw. der Familie. Denn gerade während der Krankheit, während Lohnkämpfen oder Sterbefällen kommt der erhöhte Unterstützungszusage besonders gelegen. Es wurde noch angeregt, daß jeder dafür Sorge, daß die nächste Versammlung vollzählig besucht werde.

Reinhardt, Weyer. Am Sonntag, den 28. Januar, fand unsere Generalversammlung statt, die sehr kurz besetzt war. Die Tagesordnung war folgende: 1. Jahresbericht des Vorstandes, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag über Hilfskassenwesen, 4. Diskussion, 5. Verschiedenes. Der Vorsitzende, Kollege Reink, erstattete den Jahresbericht. Er entrollte ein Bild der Entwicklung unserer Verwaltungskasse, und rügte die Inaktivität der Kollegen. Nur durch eine frische Organisation können wir in Reinhardt etwas erreichen. Mit einem warmen Appell an die Kollegen, für die Erhaltung des Verbandes einzutreten, schloß er seinen Bericht. Nebenbei gab der Kassierer den Kassenbericht. Er stellte sich folgendermaßen: Die Einnahmen der Zentrale betragen 444,3 M, Ausgaben waren 444,3 M, mithin wurden 444,3 M an die Zentrale abgeliefert. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen inkl. Bestand von 1910: 99,52 M. Die Ausgaben 54,60 M, mithin Bestand 35,92 M. Am Schluß des Jahres 1910 hatten wir 24 Kollegen, neu aufgenommen 16, gestorben einer, abgetrennt drei, mithin ein Mitgliederbestand von 36. In den Vorstand wurden bisher folgende Kollegen ernannt: Vorstand: Pappe, 1. Vorsitz, Josef Galtz, 2. Vorsitz, Franz Schwanitz, Kassierer, August Lohme, 1. Revisor, August Lohme, 2. Revisor, August Lohme, Schriftführer; als Revisoren wurden die Kollegen Leo Reink, Paul Reink und Anton Bläschle gewählt. Nebenbei hielt ein Kollege aus unserer Mitte einen Vortrag über das Hilfskassenwesen, an welchem sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Im Punkt Verschiedenes wurde ein Antrag angenommen, der dahin ging, die

Obermarsberg. Am Sonntag, den 28. Januar, fand in Reimar eine außerordentliche Mitgliederversammlung christlicher Bauarbeiter statt, zu welcher sich die Kollegen aus der Umgegend zahlreich eingefunden hatten. Als Referent war Kollege Schmalstieg aus Hagen erschienen. Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden der Verwaltungskasse Marsberg, Kollegen A. Kolter, eröffnet. Der Vorsitzende wies kurz auf den Zweck der Versammlung hin und erteilte dem Kollegen Schmalstieg das Wort. Derselbe hielt uns einen lehrreichen Vortrag über den inneren und äußeren Ausbau unserer Organisation, welcher mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Der Vorsitzende wies dann noch auf die Erfolge hin, welche die Kollegen in Marsberg seit Jahren durch die Organisation erzielt haben, und ermahnte die Kollegen, das bis jetzt Versäumte nachzuholen. Da sich sonst niemand mehr zum Worte meldete, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaft die gut verlaufene Versammlung.

Queidersbach. Am 4. Februar fand im Saale von Jakob Straßer unsere Jahresabschlussversammlung statt. Kollege Schneider erstattete den Jahresbericht wie folgt: Wir haben im vergangenen Jahre 22 Aufnahmen zu verzeichnen. An Beiträgen gingen 1416 M ein. Ausbezahlt wurden an Krankenunterstützung 127,80 M. In einem Rechtsstreit sind zurückerobert worden 44 M. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: August Schneider als Vorsitzender, Jakob Koch als Hauptkassierer, Martin Gris als Hilfskassierer. Als Revisoren wurden August Müller und Bal. Klingel gewählt. Alle Gewählten nahmen ihr Amt an mit dem Versprechen, nur im Sinne des Verbandes weiter zu arbeiten. Der Vorsitzende richtete noch einen Appell an die Mitglieder, alles daranzusetzen, daß Queidersbach, wie bisher, so noch weiter, von der roten Gefahr bewahrt bleibe, und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung.

Regensburg. Am Sonntag, den 28. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, in der auch der Bezirksleiter Kollege Bräuner von München anwesend war. Der Vorsitzende, Kollege Heil, eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt, welche lautete: 1. Vorstands- und Kassenbericht für das Jahr 1911; 2. Neuregelung der Verbandsbeiträge für 1912; 3. Neuwahl der Vorstandskasse; 4. „Unsere Zukunftsaufgaben“, Referent Kollege Bräuner. — Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Es wurden eine öffentliche, zwei außerordentliche und neun Mitglieder-Versammlungen abgehalten. Er beklagte sich besonders über den schlechten Versammlungserfolg und forderte die Kollegen auf, eifrigere Gewerkschaftler zu werden. Sodann gab der Kassierer, Kollege Sailer, den Verwaltungskassenbericht, welcher lautete: Gesamteinnahmen 1131,85 M, Lokalkassenbestand von 1910: 44,70 M; zusammen 1176,55 M. Ausgaben: an die Zentrale abgeliefert 622,85 M, für Krankenunterstützung 167 M, für Sterbeunterstützung 32 M; zusammen 821,85 M. Die Lokalausgaben betragen 318,31 M; somit ein Lokalkassenbestand von 46,39 M. Der Mitgliederbestand beträgt 58. Im zweiten Punkt wurde eine Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. vorgenommen, und zwar 5 Pf. für die Zentral- und 5 Pf. für die Lokalkasse. Zu diesem Punkt sprach auch Kollege Bräuner und wies auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge, besonders für die Lokalkasse, hin. Es wurde dann zur Vorstandswahl geschritten, aus der folgende Kollegen hervorgingen: als erster Vorsitzender Heil (Maurer), als zweiter Scheib (Zimmerer); als erster Kassierer Sailer (Maurer), als zweiter Scheib (Hilfsarbeiter); Georg Kellner (Maurer) als Schriftführer; Weber als Hauptkassierer; Baumer (Maurer) und Wändl (Zimmerer) als Revisoren; Eich (Hilfsarbeiter) und Eberl (Maurer) als Kartelldelegierte. Außerdem wurde noch Kollege Schiller (Maurer) als Ausschussmitglied zugezogen. Der vierte Punkt mußte wegen der vorgekauften Zeit fallen gelassen werden. Und so wurde die Versammlung mit einem warmen Appell an die Mitglieder zu eifriger Arbeit geschlossen.

Haders. Am 21. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung hielt Kollege Gersch einen Vortrag: „Welche Aufgaben erwarten uns Bauarbeitern für die Zukunft?“ Derselbe fand allgemeinen Beifall und rief eine lebhafte Diskussion hervor. Den Geschäfts- und Kassenbericht gab Kollege Bernhard Bauer, woraus zu entnehmen ist, daß die Mitgliederzahl auf 42 geiegen ist. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Wilhelm Kersch erster, Lorenz Kug zweiter Vorsitzender; Bernhard Bauer, Kassierer; Franz Karl Bauer Schriftführer; Wendelin Jöckl und Rudolf Reink als Revisoren. Der Vorsitzende ermahnte alle zur Mitarbeit durch Stärkung unseres Verbandes, dann können wir auch dem Jahr 1913 froh ins Auge sehen. Hierauf schloß er die gut verlaufene Versammlung.

Schneckenhausen (Hitz). Schon seit längerer Zeit bestand bei den Kollegen der Wunsch, hier eine Zahlstelle zu gründen. Haben wir hier doch schon 15 Mitglieder, die während der Saison allerdings sehr zerstreut arbeiten. Im Sonntag, den 11. Februar, hatten wir, nun eine öffentliche Bauarbeiterversammlung einberufen, welche sehr gut besucht war. Als Referent war der Verwaltungskassenkassierer Franz Rezel aus Saarbrücken erschienen. Er entledigte sich seiner Aufgabe so gut, daß die anwesenden Unorganisierten sofort ihren Beitritt erklärten. Von den Kollegen wurde betont, daß uns Kollege Rezel noch öfters besuchen möge. Am Schluß wurde noch bekannt, daß Kollege Rezel ein geborener Pöbler ist, was unter den Kollegen große Freude hervorrief. Da es die Zeit nicht mehr erlaubte, wurde beschlossen, am 16. Februar eine Mitgliederversammlung zu veranstalten, wozu entgeltlicher Schenker der Zahlstelle ein Arbeiter wurde die Versammlung.

Schneckenhausen. Am 28. Januar hielt die Verwaltungskasse ihre Generalversammlung ab. Kollege Freyer gab den Jahresbericht. Die Beiträge wurden verzeich-

net und betragen 3678,30 M. Davon entfielen 715,96 M auf den Bestand der Lokalkasse. Für Sterbegeld wurden 80 M, für Krankengeld 143 M verausgabt. An die Zentrale wurden inkl. der Einnahme für Futterale 2747,89 M gesandt. Die Lokalkasse vereinnahmte inkl. 183,18 M Vermögensbestand aus dem Vorjahr 899,14 M. Die Ausgabe betrug 458,40 M, bleibt somit ein Vermögensbestand von 440,74 M. Derselbe verteilt sich zu 178,75 M für die Maurer, 149,46 M der Zimmerer und 112,53 M für die Zahlstelle Hitz. Die Mitgliederzahl betrug 112 Maurer, 58 Zimmerer und 55 Bauhilfsarbeiter. In den Vorstand der Verwaltungskasse wurden gewählt A. Freyer als Vorsitzender; St. Freyer als Kassierer und Schulz als Schriftführer; A. Reink und A. Freyer als Revisoren. Die Zahlstelle der Zimmerer wählte als Vorsitzenden A. Freyer; als Kassierer A. Gersch; als Schriftführer B. Kolinski; als Revisoren B. Kroll und A. Schulz. Die Zahlstelle der Maurer wählte: A. Kug, Vorsitzender; St. Freyer, Kassierer; J. Friebe, Schriftführer; B. Schwanitz und Genrich als Revisoren. Im Geschäftsjahre wurde der Beitrag für 1912 geregelt. Derselbe beträgt für Maurer und Zimmerer 60 Pfennig, für Bauhilfsarbeiter 45 Pfennig. Viele Bauhilfsarbeiter zahlen allerdings heute schon 55 Pfennig, diese können diesen Betrag beibehalten. Die gestellten Beiträge mußten bei der nächsten Versammlung zurückgesetzt werden. Kollege Müller, Rosen, richtete zum Schluß beherzigender Worte an den Vorstand und die Mitglieder, zu einträchtigem Zusammenarbeiten und eifriger Agitation.

Schönlank. Am Sonntag, den 14. Januar, fand hier im Beisein Lokal unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Kassenbericht, 2. Wahl des Vorstandes, 3. Vortrag des Kollegen Müller. Der Kassierer gab den Kassenbericht. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Als Vorsitzender wurde gewählt August Rau, als zweiter Vorsitzender Paul Wiese; als erster Kassierer Wilhelm Witzner, als zweiter Paul Schorra; als erster Schriftführer Richard Probst, als zweiter Wilhelm Rabke; als Revisoren Max Krenz und Franz Steinke. Hierauf hielt Kollege Müller einen interessanten Vortrag über die Reichsberufungsordnung. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, daß jedes Mitglied im neuen Vereinsjahr ein eifriger Agitator unserer Organisation werde. Nach längerer Aussprache wurde die Versammlung geschlossen. Nach Schluß der Versammlung fand noch für die neugegründete Radfahrergruppe eine Sitzung statt, wo 11 Kollegen beitraten.

Verwaltungskasse Saarbrücken. (Kassenbericht vom vierten Quartal 1911.) Trotz einer sehr schlechten Konjunktur hat sich die Finanzgebarung unserer Verwaltungskasse im letzten Quartal ziemlich befriedigend gestaltet. Die Führung der Kassengehäfte in den einzelnen Zahlstellen ist eine wesentlich bessere geworden. Die schlechte Angewohnheit vieler Zahlstellen, zu spät abzurechnen, was diesmal fast ganz beseitigt. Mit Ausnahme der Zahlstelle Erzenbach haben alle Zahlstellen abgerechnet. Die Gesamteinnahme ist um ca. 100 M höher als im dritten Quartal. Allerdings entfällt die vermehrte Einnahme zum Teil auf die verkauften Lokalfondsmarken (Winterbeitrag), sind also Einnahmen für die Lokalkasse. Aber auch die Einnahme für die Zentralkasse hat sich gegenüber dem vorhergehenden Quartal verbessert. Die Zahl der verkauften Marken entspricht der Mitgliederzahl. Wir geben nachstehend folgende Uebersicht:

A) Für die Zentralkasse:

Einnahme:		
79	Std. Eintrittsmarken à 50	39,50
145	Beitragsmarken à 40	58,—
350	à 50	275,—
495	à 60	297,—
4447	à 65	2 890,55
676	à 70	613,20
55	à 80	44,—
377	an Arbeitslose à 25 Pf.	94,25
58	Zuschlagsbeiträge à 50	29,—
88	Agitationsmarken à 10	8,80
50	Hauslaff.-Bücher à 15	7,50
33	Futterale à 15	4,95
Gesamt-Einnahme		4 361,75

Ausgabe:

Rechtschutz	25,90	
Krankenunterstützung	221,20	
Sterbeunterstützung	132,—	
Lokalauslässe von 6568 Beitragsmarken	649,55	
15% Anteil der Lokalkasse	549,29	
An die Zentralkasse gesandt	2 775,81	
Gesamt-Ausgabe		4 361,75

B) Für die Lokalkasse:

Einnahme:		
Kassenbestand vom III. Quartal	1 753,63	
Lokalauslässe von 6568 Beitragsmarken	649,55	
15% Anteil der Lokalkasse	549,29	
Für verkaufte Lokalfondsmarken	510,—	
Zurückgezahltes Darlehen	200,—	
Sonstiges	0,05	
Gesamt-Einnahme		3 662,57

Ausgabe:

Für Hauslaffung	233,54	
Porto, Schreibmaterial	105,88	
Gehalt des Beamten	499,98	
Bücher zur Bibliothek	47,50	
Agitation (dabei Unkosten einer Verwaltungskassen-Konferenz)	200,00	
Sonstige Ausgaben	17,—	
Gesamt-Ausgabe		1 115,60

Bestand der Lokalkasse für das I. Quartal 1912 M 2546,77
Allen Kollegen, besonders aber den Zahlstellen- und Hauslaffierern, die zu diesem Ergebnis mitgewirkt haben, sei herzlich Dank ausgesprochen. Jetzt aber heißt's auf neue die Kräfte sammeln, damit im Jahre 1912 ein noch besseres finanzielles Ergebnis erreicht wird.

Besonders die Zahlstellenvorstände müssen alles tun, damit die statutengemäße Beitragserhöhung in diesem Frühjahr ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden kann. Hindernisse, die sich hier und da ergeben mögen, sind frühzeitig aus dem Wege zu räumen. Mögen alle Kollegen eingedenk sein, daß nur noch ein Jahr uns trennt von dem Ablauf unserer Tarifverträge. Wahrscheinlich eine nur kurze Spanne Zeit! Da heißt's, alle Kräfte anspannen, damit sie für unsere Sache fruchtbar wird. Gewiß, die Opfer, die von unseren Kollegen verlangt werden, sind nicht gering. Aber es steht auch für uns ungeheuer viel auf dem Spiel, wir haben so viel zu verlieren und noch mehr zu gewinnen. Wir wollen aber nichts von dem Ertragenen verlieren. Im Gegenteil! Wir wollen noch gar manches gewinnen. Das eine zu verhindern und das andere zu erreichen — das liegt bei uns selbst. Deshalb auf zu neuer Arbeit im neuen Jahre! Wir können, wenn wir wollen! — Das sei die Parole und die Devise: „Ohne Opfer kein Erfolg!“

Verwaltungsstelle Barmen. Am Sonntag, den 4. Februar, hielt unsere Verwaltungsstelle ihre regelmäßige Quartalsitzung ab. Auf der Tagesordnung stand folgendes: 1. Organisatorische Fragen, 2. Kassenbericht, 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt wurde zunächst die Winteragitation auf dem Westerbau besprochen und bedauert, daß in Oberfeld einige Kollegen sich gegen diese Agitation ausgesprochen hätten, und zwar unter den kleinsten Gesichtspunkten, wo es doch gelte, unseren Verband immer weiter auszubauen und noch Berge von Vorurteilen zu beseitigen gäbe. Dafür sei gar keine Zeit geeigneter als die ruhige Zeit zwischen den Feiertagen und anfangs Januar. Um möglichst schnell die Winteragitation zu bewältigen, müßten alle verfügbaren Kräfte herangezogen werden. Auch die Kollegen, die in die Heimat reisten, bezahlten ihre Winterbeiträge und hätten somit auch Anspruch auf den Vorkauf. Zur Vorbereitung der Frühjahrtagung sollten wieder vorher Vertrauensmännerversammlungen stattfinden, die im vorigen Jahr für die Belebung der Frühjahrtagung viel beigetragen hätten. Wo es notwendig sei, sollen auch besonders bekanntgemachte Agitationsveranstaltungen stattfinden. 397 Neuaufnahmen in der Verwaltungsstelle Barmen beweisen, daß noch immer Unorganisiertes da seien, wenn auch vielfach der Gedanke ausgesprochen wurde: „Im Bergischen ist alles organisiert.“ Dieses Jahr ist für die Agitation besonders günstig, da wir vor dem Ablauf der Verträge stehen, und muß diese Zeit besonders ausgenutzt werden. Für die Zahlstellenkassierer soll im Monat März einige Sonntage am Nachmittag ein praktischer Unterricht im Anfertigen der Abrechnungen und der regelrechten Buchführung stattfinden. In demselben sollen auch die Revisoren teilnehmen. Der Kassenbericht vom 4. Quartal ergab eine Einnahme für die Zentrale von 7826,30 M. und eine Ausgabe von 5301,45 M. Als Schlussrechnung an die Zentrale blieben noch 2524,85 M., die laut Postbuch am 24. Januar eingekandt sind. Die Einnahme der Verwaltungsstelle ergab 5593,53 M. Die Ausgabe 3307,50 M. Bleibt ein Bestand von 2285,97 M. Von diesem Bestand sind 1098,05 M. in den Zahlstellen und 1187,92 M. in der Verwaltungsstelle. Die Mitgliederbewegung war folgende: Bestand am Schluß des dritten Quartals: 818. Aufgenommen 101, zugereist 31, gleich 950. Davon Abgang 49, bleibt Bestand am Schluß des vierten Quartals 901. Postausgang: 92 Briefe, 120 Karten, 189 Drucksachen. Unter den Drucksachen sind auch die Pakete, soweit sie 25 Pf. Porto betragen, enthalten. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Im Punkt Verschiedenes wurde noch die Art des für die Kassierer bestimmten Kurzes, eine Konkurrenz für das Bergland und die Verlegung des Bureaus besprochen. Für die Verlegung des Bureaus soll der Zahlstellenvorstand um geeignete Räume sich bemühen und der nächsten Zahlstellenversammlung geeignete Vorschläge machen.

Walzen. Auf der Tagesordnung unserer diesjährigen Generalversammlung stand: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Der Kollege Jos. Kotschubil gab den Kassenbericht, der von den Revisoren und dem Vorstand für richtig befunden wurde. Nachdem schritten wir zur Vorstandswahl. Aus derselben gingen hervor: Erster Vorsitzender Johann Gahlka, zweiter August Rudy, erster Kassierer Josef Kotschubil, zweiter August Jachziel, Revisoren Paul Reidera und Theophil Hierobiz. Als Hauskassierer wurden gewählt: Johann Schwarzer und Alexander Bujok. Alle Kollegen dankten dem Kollegen Johann Schwarzer für die gute Hauskassierung. Kollege Josef Kotschubil forderte zu kräftiger Agitation auf. Der letzte Unorganisierte muß herangeführt werden, dann wird der Arbeitgeberbund im Jahre 1913 uns gerüstet finden.

Akkordarbeit und Genossen-„Schläue“ im Münchener Baugewerbe.

Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzuehend Böses muß gebären. Die Akkordarbeit ist, wie schon des Öfteren in der „Baugewerkschaft“ dargelegt worden ist, im hiesigen Baugewerbe stark verbreitet. Im verwichenen Jahre war es für einzelne Maurer und vielfach auch für Hilfsarbeiter schwierig, eine Arbeit zu bekommen, obwohl eine sehr gute Baukonjunktur vorhanden war. Im allgemeinen gab es nur Arbeit bei Akkordkolonnen, wobei verschiedentlich Kollegen von unserem Verbande sehr schlimme Erfahrungen machten. Deshalb hat es ein Teil davon vorgezogen, der Uebel kleineres zu wählen, und haben eigene Akkordarbeiten gebildet. Als Vertreter der Akkordleute kamen nach dem

Urteil des Grundstein Würzburger Maurer, meist „prämierte“ Genossen in Betracht; somit ist dieselbe eine rote Ausaat. Da dieselbe das hiesige Maurergewerbe besonders seit der Ausperrung fast vollständig überwuchert, und die Genossenführer einsahen, daß deren schlimmste Auswüchse weder mit Kraftprügen, noch mit Protestaufrufen zu heilen sind, so suchten sie zur Milderung derselben nach realeren Mitteln. Um gut Gelingen dieser Operation wandten sie sich an den Arbeitgeberverband und ersuchten diesen um den Abschluß eines Akkordtarifvertrages, dem auch arbeitgeberseits zugestimmt wurde. Dies war für die „freien“ Führer eine schwere Belastungsprobe, der sie so ziemlich unterlegen sind. Dieselben könnten sich Ende 1910, trotz der nahe bevorstehenden Verschmelzung der Maurer- und Bauhilfsarbeitergenossen nicht auf einen Akkordtarifvertrag, der beiden Teilen, Maurer und Bauhilfsarbeiter, Rechnung getragen hätte, einigen. Bei dieser Sachlage sind die Genossenführer auch über das mit uns am Verbandswege vereinbarte gestolpert. Der tiefere Grund hierzu war neben der großen Uneinigkeit im Genossenschaftsverband auch darin gelegen, daß sie annahmen, der christliche Verband hätte keinen Stoff zu einem Akkordtarifvertrag, und käme somit bestimmt in eine Sackgasse. In Wirklichkeit kam es anders.

Am 3. Februar 1911 begannen die Akkordtarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande, die zusammen ca. zehn Sitzungen beanspruchten. Hierbei stellte sich heraus, daß selbst die „maßgebenden“ Genossen, die zum meißt Absolventen der roten Kriegsschule sind, die „freien“ Akkordtarifentwürfe äußerst mangelhaft befanden.

Bei den Feuerungsarbeiten hatten dieselben rund fünfzig Akkordpositionen aufgestellt. In der Begründung waren die „freien“ Führer Hartl, Schäfer und Gen. der übereinstimmenden Meinung, daß die Festlegung der Akkordpreise für Feuerungsarbeiten wegen der auswärtigen Konkurrenz, mit der Unternehmer und Arbeiter zu rechnen hätten, beiderseits Nachteile bringe. Deshalb sei es besser, wenn nichts Bindendes festgelegt werde. Diese rote Zwitterstellung ging selbst den Unternehmern zu weit, was der Arbeitgebervertreter Bergmüller ausdrücklich feststellte.

Zu dem Kapitel Maurerwerk haben die „freien“ Entwürfe nur zwei verschiedene Preise vorgezogen, und zwar für niedrigere Gebäudeanlagen, wo durchgängig schwächeres Maurerwerk vorkommt, pro Kubikmeter zehn Pfennig mehr verlangt, als bei höheren Gebäudeanlagen bzw. stärkerem Maurerwerk. Unser Entwurf dagegen hat zu dieser Angelegenheit vier Gruppierungen mit einem Preisunterschied von vierzig Pfennig pro qm. vorgezogen. Der von uns vorgeschlagene Gruppierung haben die Arbeitgebervertreter im Grundprinzip beigestimmt, und einem Preisunterschied von dreißig Pfennig pro qm. bei einzelnen Gebäudeanlagen zugestimmt, das ist ein Mehr von 200 Prozent, als die Forderung der „Genossen“ enthielt. Ueber diese unangenehme Tatsache wollten sich die „freien“ Führer hinwegsetzen, aber ihre dabei gebrauchten Täuschungsmanöver sind ihnen vorbeigelungen.

Ein vieljagendes Geständnis gegenüber den Arbeitgebern machte bei der Beratung: „Akkordpreise für Innenaufarbeiten“ der „freie“ Lokalbeamte Schäfer. Derselbe meinte: Wir (die Genossen?) sind ja in einem kleinen Kreis beieinander, somit wollen wir gleich sagen, was das Richtige (der Preisfrage) ist, und nicht wie wo anders, wo schließlich öffentlich verhandelt und viel gefordert und begründet wird, und wo man (die Genossen) dann doch weiter runter gehen muß. Demgemäß hat Schäfer auch bedeutend niedrigere Preise für Aufarbeiten gegenüber den Unternehmern ostriert, als in den „freien“ Entwürfen gefordert worden war. Derartige Einereien haben sehr enge verwandtschaftliche Beziehungen zu dem schönen Wort: „Ach, zwei Seelen wohnen in meiner Brust.“

Festgehalten zu werden verdient auch, daß die „freien“ Entwürfe, die der Arbeitgeberverband zugestimmt bekam, bei den Aufarbeiten niedrigere Preise vorschlugen, als die Entwürfe, die die „freien“ Lohnkommissionsmitglieder von ihren Führern ausgehändig bekamen. Sind das nicht Kostäufschüsse?

Diese abenteurliche Verhandlungsart der „Genossen“ hat nach Beendigung der Kommissionsverhandlungen ganz tolle Blüten hervorgebracht. Die Annahme des Akkordtarifvertrages für das Baugewerbe haben die Vertrauensmänner und Mitglieder des „deutschen Bauarbeiterverbandes“ in ihren Versammlungen vollzogen, so ungefähr verlobte die Münchener Post. Aber gleich nach dieser Meldung haben Mitglieder vom deutschen Bauarbeiterverband Versammlungen einberufen, in denen „freie“ Führer des „Vertrages“ für schuldig erklärt und gegen die Annahme des Akkordtarifvertrages protestiert worden ist. Außerdem haben diese „illegitimen“ Versammlungen eine Zehnerkommission bestimmt, die mit dem Arbeitgeberverband die weiteren Verhandlungen zu führen habe. Nun geschah das Unglaubliche. Die „freien“ Führer ließen sich herbei, auch an den Preisfragen der „illegitimen“ Zehnerkommission teilzunehmen und sich vor das Forum der Arbeitgeber ziehen zu lassen. Mit diesem haben die „obersten“ Genossen Hartl, Schäfer, Döcker, Mädelmann usw. allerdings erreicht, daß der Vorsitzende der Arbeitgebervertreter der Zehnerkommission, die Fleisch vom Fleische des deutschen Bauarbeiterverbandes war, auseinanderzusehen versuchte, ihre Führer seien zu Unrecht des Arbeiterverrats bezichtigt worden. Diese Sentenzierung von Arbeitgeberseite haben die anwesenden Obergewerkschaften schmunzelnd quittiert. Im übrigen war die bereits erwähnte Zehnerkommission, die die Verhandlungen mit den Arbeitgebern nach der sozialdemokratischen Meinung: „Aussüßter und Ausgebentele“, führen wollte, wobei ihre freigestellten Führer keine Nummer hatten, außerstande, nach einer zweiten Verhandlung mit den Arbeitgebern zu bekommen.

Die in dieser Sachlage in verstärkter Form wachgerufenen anarchisierenden Kräfte im sozialdemokratischen

Bauarbeiterverband haben auch die Widersacher im Arbeitgeberverband gegen eine Neuordnung der Akkordarbeiten bedeutend vermehrt, und so ist der Abschluß eines Akkordtarifvertrages, der ein Bestandteil des Tarifvertrages wäre, unterblieben.

Zeitlich mit diesem begannen auch die roten Bauhilfsarbeiter in Sonderversammlungen gegen ihre „Verbündeten“, die roten Maurer, unter der Führung Döckers zu randalisieren. Dieselben beschloßen, daß sie nicht noch länger gewillt seien, als Ausbeuteobjekt den Akkordmaurern zu dienen, sondern daß sie als Gleichberechtigte beim Akkord mitarbeiten können. Aber unbekannt mit dem Akkord haben große Akkordkolonnen rotorganisierte Maurer die „Ausbeutung“ ihrer „Brüder“ Bauhilfsarbeiter weiter betrieben. Die deswegen ausgestoßenen Schmerztrübe in der sozialdemokratischen Presse und in vielen Versammlungen des deutschen Bauarbeiterverbandes sind wirkungslos zerplatzt. In diesen Zeelennöten, die zugleich die Schwächen der sozialdemokratischen Erziehungskünste bloßgelegt haben, wandte sich der deutsche Bauarbeiterverband an das Zentralratsmitglied, welches nach dem Urteil der Münchener Post ein „Instrument des Scharfmachertums“ ist, um Bejahung der Frage, wonach die Unternehmer mit den Maurern keinen Akkord einschließen Bedienung mehr eingehen dürften („Baugewerkschaft“ Nr. 48 1911, Entscheidung Nr. 207). Der tiefere Inhalt dieses roten Antrages bedeutet: den sozialdemokratisch organisierten Maurern ist fernerhin die Ausbeutung der sozialdemokratisch organisierten Bauhilfsarbeiter bei jeglichen Akkordarbeiten zu verbieten; letzteres erfolgreich zu vollziehen, liegt außerhalb des Machtbereiches des sich sonst so stark fühlenden deutschen Bauarbeiterverbandes. Ein Armutsergebnis fondergeischen. Dasselbe wird durch die neueren Winterzüge der „freien“ Führer Schäfer, Döcker, Wagner usw. noch weit deutlicher. Nachdem die Entscheidung des Zentralratsgerichts gefallen, die im allgemeinen für die Akkord vergebenden Unternehmer keine finanzielle Mehrbelastung, höchstens etwas mehr Uebung in der Kunst des Adamielie brachte, sehen sich Bauhilfsarbeiter in größter Anzahl gezwungen, selbständige Akkordverträge einzugehen, die im Preise 15 Prozent und mehr niedriger sind, als die Unternehmerorganisation bei den oben angeführten Verhandlungen bereits zugestanden hätte. Dadurch entsteht große Erbitterung. Die zu lindern, ist den „Genossen“ Führern von ihren Mitgliedern schon wiederholt nahegelegt worden, und die Antwort darauf war einigemal die Injenzierung eines Kummels mit einer Schmiergelberaffäre, die mit der Gewerkschaftsbewegung nichts gemein hatte, was den „Genossen“ Führern von ihren eigenen Leuten nachgewiesen wurde, und deshalb schmählich hereinfielen. Wieder bei anderen Gelegenheiten, wo die führenden Elemente des deutschen Bauarbeiterverbandes deswegen in die Enge kamen, erklärten dieselben rundweg, wir können auch Bauhilfsarbeitern jetzt nicht helfen, daß ihr den Akkordpreis bekommt, den wir durch Verhandlungen bereits schon hatten, aber wählt alle sozialdemokratisch, dann kommt die Stunde, wo ihr all' das nicht mehr nötig habt. Das klingt wie ein Oha; aber dessenungeachtet müssen wir uns gestehen, daß die parteipolitischen Kämpfe der jüngsten Zeit die Genossenschaftsleiter über manche unangenehme Auseinandersetzung wegen der vielfach geradezu kraffen Zustände bei der Akkordarbeit hinweggeholfen haben. Ob dies in Zukunft, wenn es politisch und ganz besonders wirtschaftlich etwas ruhiger wird, auch so geht, werden die roten Führer wohl selbst nicht glauben. Dieselben haben sich durch ihre wahrhaftigen, nur auf den Augenblick berechneten Gewerkschaftspraktiken diese Verfehlungen selbst geflochten, deren Folgen allerdings die ganze Bauarbeitererschaft schwer zu verspüren bekommt.

Mit diesem haben wir in wenigen Strichen ein Bild gezeichnet, das eine traurige Perspektive eröffnet. Wir sehen dabei, wie sozialdemokratische Kraftkräfte, die stets mit großen Massen prunken und bei jeder Gelegenheit die niedrigen Instinkte ihrer Anhänger mobil machen, sich außerstande fühlen, zersetzenden Elementen bei den Arbeitsbedingungen im Baugewerbe ihr Handwerk zu legen. Im Gegenteile, sie lassen sich in den rasenden See, der seine roten Opfer fordert, ohne zu zuden, hineinwerfen. Zum Schluß muß man sich angeichts solcher Dinge sagen, was nützen alle Lohnhöhungen und Arbeitszeitverlängerungen, wenn der Methode Akkordarbeit nicht gesteuert wird. Dieselbe steigert den Klassenhaß, wo Arbeiter gegen Arbeiter wie Bestien sind, und dementsprechend handelt.

So sieht in Wirklichkeit die „Kulturarbeit“ des deutschen Bauarbeiterverbandes in München aus, die mit vollführt zu haben ist das Werk von Leuten, die sich Führer nennen, und Geführte sind. Was weiter —?

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Das Dantsiger christliche Gewerkschaftsstellwerk steigerte seine Mitgliederzahl in 1911 um 1496, so daß jetzt eine Gesamtmitgliederzahl von 3701 vorhanden ist. Mit der erfreulichen Ausdehnung der Gruppen haben die Kassenverhältnisse gleichen Schritt gehalten. Der in den Lokalkassen befindliche Vermögensbestand stieg von 2588,81 M. auf 3938,28 M. Die Gesamteinnahmen betragen 135 674,25 M., die Gesamtausgaben 107 513,35 M. Unterstützungen wurden gezahlt an Arbeitslose 2217,03 M., Krankenunterstützung 4067,17 M., Sterbeunterstützung 690 M. Arbeit wurde 453, Rechtschutz 340 Personen nachgewiesen. Kennenwerte Lohnbewegungen waren 13, die sich auf 13 Betriebe verteilten. Beteiligt waren 714 Personen, die eine Streikunterstützung von 90 867,45 M. erhielten. Von den Lohnbewegungen schloßen 2 erfolgreich, eine in der Zuckerraffinerie Banfried, an der nur einige christlich organisierte teilnahmen, eine andere, der Streik bei Schichau, mußte abgebrochen werden. Die Arbeiter, die 20 Wochen fest zusammengestanden, die durch ihre ruhigen Betragen der Öffentlichkeit Sympathien abtrugen, mußten bedingungslos die Arbeit aufnehmen. Aber ganz

ohne Frucht war dieser Kampf nicht. Die Firma hat eingesehen, daß die Forderungen gerecht waren und hat jetzt den Arbeitern Lohnnachbesserungen bewilligt. — Mutig sind die christlichen Gewerkschaften in Danzig im verflochtenen Jahre vormalig. Nur wollen wir wünschen, daß sie auch in diesem Jahre rüstig vorwärts kommen, zum Wohle des deutschen Vaterlandes, zum Wohle der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

Zur Entwicklung der Bergarbeiter-Organisationen. Die sozialdemokratische Presse jubelt, weil sie aus dem letzten Kassenbericht des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter nicht nur dessen Stillstand, sondern sogar einen Rückschritt entdeckt haben will. Das soll daraus hervorgehen, daß der Gewerkschaftsverein an ordentlichen Beiträgen im Jahre 1911 ein paar Hundert Mark (genau 316,50 M.) weniger eingenommen habe wie im Jahre vorher. Der „Vorwärts“ (Nr. 35, 1912) erblickt darin den „Anfang vom Ende“ und meint schadenstrotzend, den christlichen Gewerkschaften habe „das Schicksal erreicht, das ihm jeder ehrliche Arbeiterfreund“ (!) wünsche.

Den über eine Spalte langen, nur von Haß und Schadenfreude diktierten Artikel im „Vorwärts“ hat bestimmt kein Gewerkschaftler geschrieben, der würde sein Zentralorgan und sich selbst wohl kaum so schmähtlich blamieren. Wenn die kaum erwähnenswerten Wiedereinnahme von ordentlichen Beiträgen tatsächlich den „Anfang vom Ende“ des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter bedeuten würde, dann wäre der sozialdemokratische Bergarbeiterverband dem Ende schon bedeutend näher gerückt, denn der hat ausweislich seiner eigenen Angaben im vergangenen Jahre über 3000 Mitglieder verloren. Er zählte Ende Dezember 1910 gemäß dem Reichsarbeitsblatt (Januarheft 1911) 123 432 Mitglieder, Ende Dezember 1911 aber (Januarheft 1912) nur noch 120 136, also ein Rückgang von 3296. Ob der „Vorwärts“ und seine Nachbeter das auch als Anfang vom Ende bezeichnen werden? Darauf darf man wirklich gespannt sein!

Aus der Krankenpfleger-Bewegung. Der Verband deutscher Krankenpfleger und -pflegerinnen (christlich-nationale Organisation) ist unablässig bestrbt, die Lage des Krankenpflegerpersonals zu heben. Jetzt hat er zwei Eingaben, je eine an die Verwaltung der Heil- und Pflegeanstalten der Provinzen Westfalen und Posen gerichtet, worin die Wünsche des Pflegepersonals unterbreitet werden. Die erste Eingabe betrifft hauptsächlich die Verhältnisse der Landesheilenanstalt Karburg und wünscht eine Erhöhung der Gehälter, eine Regelung der Dienstordnung, der Urlaubsverhältnisse und der Auszahlung des Lohnausgleiches. Das Personal der Provinzialanstalten von Posen wünscht Verbesserung der Gehälter, Regelung der Beschäftigungsverhältnisse, Reformen in der Verpflegung und eine Erhöhung des Kostgelbes für die in Familienpflege untergebrachten Patienten. Als Begründung werden die verarmten Lebensverhältnisse und die große Verantwortung und aufreibende Arbeit des in der Krankenpflege tätigen Personals angeführt.

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Die Lohnbewegung der englischen Bergleute scheint nach den jüngsten Anzeichen zu urteilen, nicht ohne Kampf zu enden. Nach dem negativen Ergebnis der letzten Konferenzen zwischen Unternehmer und Arbeiter ist jedenfalls kaum etwas anderes zu erhoffen, wenn nicht noch im letzten Moment eine Wendung eintritt. Die gemachten Versöhnungsversuche sind bis jetzt gescheitert. In der Forderung eines Mindestlohnes haben die Bergarbeiter jetzt die Bergwerksbesitzer hartnäckig abgelehnt. Von der Erfüllung oder Nichterfüllung dieser Forderung aber ist die Beilegung der Zwistigkeiten abhängig. Eine Beratung der mittelländischen Arbeiter- und Unternehmervertreter führte zu keinem Resultat. Auch die Hauptkonferenz am 7. Februar scheiterte, hauptsächlich an dem Verhalten der südwestlichen Bergwerksbesitzer. So stehen die Dinge augenblicklich. Der Generalkongress der Bergleute dürfte deshalb am 1. März ausbrechen. Die leicht erklärliche, haben die Kohlenpreise eine enorme Höhe erreicht. Hier bis fünf Schilling pro Tonne mehr ist kein unübliches Geschäft. Manche Bergbauvereine geben dem auch schon der Ansicht Ausdruck, die englischen Bergleute wollten das Verbot bis auf den letzten Moment verschoben, um so die hohen Preise möglichst lange zu halten. Denn mit dem Eintritte in den Herbstjahre sind auch wieder die Preise. Darin ist aber ein in England kommt man gewöhnlich gerade in solchen Angelegenheiten anders, als man denkt.

In belgischen Bergbau ist wieder Friede eingetreten. Am 14. Februar bröckelten die Anspruchslosen die so lange Widerstände der Arbeit Unternehmungen solche herrschte unter den Umständen in den letzten Tagen aus. Es ist deshalb zu begrüssen, daß der Kampf beendet wurde. Die Aufhebung des Arbeitsverbotes, als ein Gesetz eingebracht wurde, das die Forderung der Bergleute auf ihre Beschäftigung zurückführt. Durch das neue Gesetz über die Altersversicherung vom 5. Juni 1911 war eine neue Art der Beitragszahlung geschaffen, nämlich der Weg vom Lohn durch die Arbeitgeber. Das ist aber ein in Belgien ganz unbekanntes Verfahren. Zugleich beantragten die Arbeitgeber als Vorwand, die abgebrachte gesetzliche Lohnzahlung in eine Mächtige umzuwandeln. Ferner sind um die durch das neue Gesetz bedingten zu streiten sich in der Hauptsache der Kampf. Das Gesetz wird nicht nur, sondern die Arbeiter konnten die neue Lohnzahlung, welche die Bergleute begehrt. Das neue Gesetz ist, wie schon bemerkt, den Arbeitgebern die Pflicht

auf, durch Lohnzahlung für die Pensionen der Bergleute zu sorgen. Durch welche Kasse das gesetzliche Ziel erreicht werden sollte, blieb dem Arbeitgeber zu bestimmen überlassen. Tausende von Bergleuten mußten also vom 1. Januar d. J. ihre liebgewordenen Alterskassen verlassen und sich der Bestimmung des Arbeitgebers fügen. Diese und noch einige damit zusammenhängende Fragen verursachten den nun in der Hauptsache erfolgreich beendeten Kampf. Uebrigens brachte das neue Gesetz auch wesentliche materielle Verbesserungen.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Baufälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Baufälle sind so schnell als möglich einzulenden.)

Büffeldorf. (Einsturz der Zimmerdecke eines schon zwei Jahre bewohnten Hauses.) Am 6. Februar, gegen 11 Uhr nachts, stürzte die Küchendecke des Wohnhauses Guplab-Bönsenstr. 59 unter furchtbarem Getöse ein. Von der Decke waren Blöcke von 20-30 Zentimeter Dicke und 10-15 Kilo Schwere herabgefallen. Sämtliche Küchenmöbel, Porzellan und eine Nähmaschine wurden demoliert. Zum Glück befand sich die Familie der zweiten Etage, wo die Decke sich löste, bereits im Bett, während die Gäste der ersten Etage den Abend ins Theater gegangen waren. Auch in den Nebenräumen zeigten sich Risse. Die Polizei veranlaßte die Bewohner, das Haus zu räumen. Die Ursache ist darin zu suchen, daß ein neues Patent in der Betonkonstruktion gebraucht worden ist. Zwischen den Holzbalken wird 8-10 Zentimeter Beton gestampft, welcher durch kleine Stützeisen festgehalten wird. Von anderer Seite wird erzählt, daß eine Eisenbetondecke vorgezogen gewesen sei. Von der Baupolizei wurde das genannte Patent nun eingestellt und verworfen.

Schleiz. Am 24. Januar verunglückte Kollege Richter aus Dettersdorf, Mitglied unserer Zunftstelle. Er arbeitete seit kurzer Zeit im Steinbruch des Kalkwerkes Görwitz. Am genannten Tage war er mit dem Arbeiter Bernhard Adler mittags gegen 12 Uhr damit beschäftigt, einen Sprengzylinder zur Explosion zu bringen. Derselbe versagte jedoch. Als er gegen 1 Uhr noch nicht losgegangen war, ging man daran, ihn wieder auszubohren. Als man damit bereits fertig war, erfolgte der Schuß plötzlich, trotz aller angewandten Vorsicht. Adler wurde fünf Meter weit fortgeschleudert und verstarb noch am nämlichen Abend. Kollege Richter wurde leichter verletzt, liegt aber auch noch krank darnieder.

Frier. Am 16. Februar l. J. verunglückte am Neubau des hiesigen Gymnasiums unser Kollege Rath. Franz aus Dömitz. Außer einem Bruch des Schulterblattes zog er sich noch schwere innere Verletzungen zu.

Mehr Schutz für die Bauarbeiter. Die Elbschiffahrtsgesellschaft hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

1. Der Bauarbeiterschutz ist, solange eine reichsgesetzliche Regelung nicht erfolgt, durch ein Landesgesetz zu regeln.
2. Die Überwachung der Baubetriebe und Baupläge ist den Gewerbeinspektoren zu übertragen, denen Bauaufseher aus dem Arbeiterstande in genügender Zahl beigegeben sind.
3. Es sind besondere Bestimmungen zu erlassen, die auf eine Verhinderung der Baufälle hincielen, sowie den sittlichen und sanitären Anforderungen entsprechen.
4. Um die Durchführung des neu zu schaffenden Gesetzes besser zu ermöglichen, ist in die Lehrpläne der Baugewerkschulen und Fortbildungsschulen der Arbeiterschutz aufzunehmen und sind Vorträge über denselben zu halten.

Den Behörden zur Nachahmung empfohlen! Sie mangelhaft vielfach noch der Bauarbeiterschutz gehandhabt wird, davon kann man sich, wenn man auf Seiten zu tun hat, tagtäglich überzeugen. Besonders die Sanitätsbehörde gibt fast immer berechtigten Anlaß zu Klagen. Sie dient sehr oft allen möglichen Zwecken, nur dem nicht, den sie eigentlich haben soll: Als Aufnahmestätte für Menschen nämlich. Um diesem Uebel zu steuern, hat der Oberbürgermeister Cuno von Hagen eine Polizeiverordnung erlassen, die über die Beschaffenheit der Baubude klare Vorschriften enthält. Die Verordnung schreibt vor, daß die Baubude, die als Unterkunftsraum für Arbeiter dient, mit festem Diele zu versehen und in der kälteren Jahreszeit heizbar sein muß. Für die dauernd auf dem Bau beschäftigten Arbeiter sind in den Unterkunftsräumen Sitzplätze und Tische zur Verfügung zu stellen. Baumaterialien irgendwelcher Art dürfen in den Unter-

kunftsräumen nicht gelagert werden. Bei Tiefbauten müssen die Räume so belegen sein, daß der Beschäftigungsort eines jeden Arbeiters von der Unterkunftsstelle der Regel nach höchstens 500 Meter entfernt ist. Die Arbeiter muß auf der Baustelle die Möglichkeit gegeben sein, Speisen und Getränke zu erwärmen. In Tiefbauten außerhalb geschlossener Ortschaften sind die Wärmevorrichtungen innerhalb der Baubude anzulegen. Zugelassen ist, daß während der kälteren Jahreszeit die Heizanlage der Baubude zugleich als Wärmevorrichtung für Speisen und Getränke eingerichtet und benutzt wird. Diese neue Polizeiverordnung ist sofort in Kraft getreten. Allerdings, so ober ähneln lauten noch mehr Polizeiverordnungen über die Baubude. Es kommt darauf an, was in der Praxis damit ausgeführt wird. Etwas mehr Energie wäre da unserer Baupolizei schon zu wünschen. Daran fehlt's leider vielfach.

Verfammlungskalender.

Bochum. Sonntag, den 3. März, nachmittags 5 Uhr **Generalversammlung** im Lokale Jos. Schütte. Die Mitglieder müssen vollzählig erscheinen.

Heidelberg. Sonntag, den 3. März 1912, nachmittags 2 Uhr, findet in der Wirtschaft Brauerei Ziegler in Heidelberg, Bergheimer Straße Nr. 1, die **Generalversammlung** der Verwaltungsstelle Heidelberg statt. Die Kollegen müssen zahlreich und pünktlich erscheinen.

Bekanntmachungen.

Achtung! Kollegen von Elberfeld.

Am Montag, den 26., und Dienstag, den 27. Februar, finden hier die Gewerbegerichts-wahlen statt. Zum erstenmal nach der Verhältniswahl. Es wird von unseren Kollegen erwartet, daß sie ihre Pflicht tun. Soweit sie selbst nicht wahlberechtigt sind, müssen sie sich für die Arbeiten am Wahltage dem Ausschuss zur Verfügung stellen. Das Wahlbureau ist auf der Klostbahn bei Jäger, gegenüber dem Rathaus. Es muß unsere Aufgabe sein, alle, die in die Wählerlisten eingetragen sind, auch an die Wahlurne zu bekommen. Besonders auf den Arbeitsstellen müssen die Säumigen ermuntert werden, zur Wahl zu gehen. Die ganz Gleichgültigen müssen durch andere Kollegen mitgenommen werden. Lassen wir uns nach der Wahl nicht den Vorwurf machen, daß viele Bauarbeiter ihr Wahlrecht nicht ausgeübt hätten. Das wäre ein schlechtes Zeichen. Zeigen wir, daß wir die Bedeutung dieser Wahl nicht unterschätzen, indem wir schon alle am ersten Tag, also am 26. Februar zur Wahl gehen.

Achtung! Stultkatere.

Die Bezirksleitung Bochum ist in der Lage, einem größeren Teil Stultkatere gegen Ende Februar Arbeit nachweisen zu können. Es kommt in der Hauptsache Innenarbeit in Frage. Kollegen, welche hierauf reflektieren, wollen sofort sich mit uns in Verbindung setzen.

Die Bezirksleitung.

J. A.: Th. Häuschen.

Das Mitgliedsbuch Nr. 15516, lautend auf Joh. Diehl aus Hagen i. W., ist beim Verjand der Mitgliedsbücher verloren gegangen. Die Vorstände der Zahl- und Verwaltungsstellen werden erucht, das Buch, falls es irrtümlich nach einem andern Ort gefandt wurde, wieder an die Verbandszentrale in Berlin zurückzusenden.

Achtung! Bortrop.

Zugung von christlich organisierten Zimmerern, Maurern und Bauhilfsarbeitern erwünscht. Zu melden beim Vorsitzenden W. Hebebrand, Bortrop, Argibstr. 77. Das Versammlungslokal befindet sich Essener Straße 8. Dasselbst werden jeden Abend und Sonntag von 11-1 Uhr Anmeldungen entgegengenommen.

Schwere Leiden

und alle die Folgen verachteter Krampfadern. — Bei Krampfadern, Aderleiden, Geschwulst, Entzündung, Hämorrhoiden, Salben, trockne Flechte, Gelenkverkrüpfung, Steifigkeit, Plattfuß, Rheuma, Gicht, Leishia, Hämorrhoiden, Fisch, Elephantiasis wird Ihnen die Broschüre: **Lehren und Ratgeber für Krampfadern** nützlich sein. **Gratis** zu beziehen durch: **Smith & Co., Hamburg 21.1.**

Können Sie tanzen?

Wollen Sie eine Lehrer in wenigen Stunden sämtliche modernen Tanz- und Gruppenbewegungen lernen, daß Sie sich an jedem Vergnügen wapplos bewegen können, so beziehen Sie das „Tanzlehrbuch zum Selbstunterricht“ von Balletmeister **C. Henry.** Preis M. 1.50. Erfolg garantiert. **W. A. Schreyer's Verlag, Dresden K. 6240.**

Achtung! Billiges Fleisch!

10 Pfd. Postpaket 6,50 M. franko Nachnahme, enthält Rind- und Schweinefleisch ohne Knochen.

R. Grübel sen., Cabarz b. Waltershausen 168.

Emil Hohfeldt,

Dresden-N. 6, Kitterstraße 2 u. 4. **Spezialfabrikation und Versand** von

Berufsbekleidung

für Zimmerer, Maurer, Bauarbeiter usw. Preisliste 2. Verlangen freil. Haus.

Allgemeiner Briefsteller

oder praktische Anleitung, wie man Briefe nach den Regeln des guten Stils schreiben soll. Eine Sammlung von zahlreichen Fremdschulds-, Familienbriefen, Glückwünschen, Einladungen, Dankgeschreiben, Trost-, Empfehlungsschreiben, Blütschriften, Verweisen, Mahnbriefen, Liebesbriefen und Heiratsanträgen, kaufmännischen Briefen, Formularen zu Anzeigen, Quittungen, Wechsels, Anweisungen, Eingaben, Klagen, Kontrakten, Vollmachten, nebst deutschen Sprachlehre und einem Fremdwörterbuch. 376 Seiten. Preis 1 M. 70 Pf. franko. **Großer Katalog gratis.** **Flecker's Verlag, Leipzig 825.**